

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße Nr. 16b.
Telephonruf Nr. 3392.

Inserte
für die sechsgepalte Colonnezeile oder deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **207500** EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Der gesetzliche Zehnstundentag.

Unter dem Einfluß der Aussperrung von 8000 Textilarbeitern und -Arbeiterinnen in Crimmitschau, die von den dortigen Textilbaronen angeordnet worden war, um die Einführung des Zehnstundentags an Stelle des Elftundentags zu hinterreiben, ging vor Jahresfrist eine allgemeine Bewegung für den gesetzlichen Zehnstundentag durch das ganze Reich, der sich auch der Reichstag nicht entziehen konnte. Der Kampf in Crimmitschau ging verloren. Der Elftundentag blieb und das ganze reaktionäre, profithungrige und volksfeindliche Scharfmacherium wieherte vor wilder Lust darüber, daß es das Joch der Arbeiterchaft ungelockert und ungemildert erhalten konnte. Aber die unterlegenen Arbeiter sind durch ihre Niederlage nicht davon überzeugt worden, daß ihre Zehnstundenforderung unberechtigt und undurchführbar ist und sie haben sie daher auch nicht fallen lassen. Die Zehnstundenforderung bleibt für die Textilarbeiter wie für die gesamte Arbeiterchaft auf der Tagesordnung, bis sie erfüllt ist und sie wird erfüllt werden, weil sie erfüllt werden muß.

Das zeigen auch die seit der Niederlage der Crimmitschauer Textilarbeiter, also die im Laufe dieses Jahres gemachten bezüglichen Erfahrungen. Viele Tausende Arbeiter aller Gewerbe und Industrien haben weitere Verkürzung ihrer Arbeitszeit von 11 auf 10 1/2 und 10, von 10 1/2 auf 10 und 9 1/2, von 10 auf 9 1/2 und 9, von 9 auf 8 Stunden auf dem Wege friedlicher Verhandlungen wie durch das Mittel des Streiks errungen. Auch den Achtfundentag! Erst in den letzten Wochen haben die Bananenschläger in Berlin im Wege des Tarifvertrags den Achtfundentag und einen Minimallohn von 65 Pf. pro Stunde errungen. Es ist wahrhaft jammervoll, daß in der Zeit der internationalen Bewegung für den Achtfundentag, in der Zeit, da eine Million Arbeiter in den verschiedenen Ländern die achtfundige Arbeitszeit bereits hat; da für viele Millionen andere die 8 1/2 und 9stündige Arbeitszeit gilt; da der Zehnstundentag für ganze Industrien und für zahlreiche große Industriezentren und kleinere Industriebezirke geradezu als die allgemeine normale Arbeitszeit gilt, noch an andern Orten und in andern Industriebezirken die heftigsten Kämpfe von den Arbeitern mit den Unternehmern um die Verkürzung der unerträglichen und gemeinschädlichen längeren Arbeitszeit, um die Einführung des Zehnstundentags geführt werden müssen, und im Reichstag alle Versuche der Arbeitervertreter, den Zehnstundentag gesetzlich festzulegen, bisher vergeblich waren, weil sie an dem unvernünftigen, unsozialen, arbeiterfeindlichen und kulturwidrigen Widerstand einer kapitalistisch-feudalen Regierung scheiterten.

Die Reichsregierung führt viel Sozialpolitik, viel Arbeiterfreundlichkeit und Wohlwollen im Munde; man hört immer nur Worte, nichts als Worte, die Laten, auf die allein es ankommt, bleiben aber aus. Was sie aber wirklich tut, ist nie etwas ganzes, immer nur etwas halbes, das die Arbeiter nicht befriedigt, die Unternehmer und ihre scharfmacherischen Handlanger aber doch nicht abhält, zu poltern und zu schreien. Das Halbe, das die offizielle Sozialpolitik durch die Gesetzgebung schafft, wird dann erst noch von den Verwaltungsbehörden weiter verpuscht, wie es in Köln und Leipzig und anderen Orten zugunsten der Ärzte in Sachen der Verwaltung der Ortskrankenkassen geschehen ist; oder durch die Gerichtsbehörden, die kapitalistische Gesetzesverächter, die die gesetzlichen Arbeiterschutzvorschriften mit Füßen treten, entweder freisprechen oder zu so lächerlich geringfügigen Geldbußen verurteilen, daß sie mehr Ermunterungsprämien zu weiterer Gesetzesverachtung als wirklichen Strafen gleichen. Den Arbeitern gegenüber übt bekanntlich dieselbe Justiz die umgekehrte Praxis, an ihnen werden die wichtigsten Dinge mit empfindlichen Gefängnis- und Zuchthausstrafen geahndet, ihnen gegenüber führen die Verwaltungs- und Gerichtsbehörden einen förmlichen Vernichtungskampf, unter dem die einzelnen Betroffenen und ihre Angehörigen schwer leiden müssen, der aber der ganzen Arbeiterbewegung gegenüber doch erfolglos bleiben muß, da sie ihren geschichtlichen Entwicklungsgang trotzdem und unter allen Umständen machen wird und machen muß.

Den Gipfel des Unverstandes bildet die ablehnende Haltung der Unternehmer und der Regierung der Zehnstundenforderung der Arbeiter gegenüber vom tatsächlichen Standpunkt aus. Sie lassen den Streik und möchten am liebsten den Arbeitern das Streikrecht rauben, wozu die Zuchthausvorlage der skrupellosen Versuch war, und die städtischen Straßenverkehrsverordnungen, die Polizeidiktatur und Polizeianarchie zur

Verhinderung des Streikpostenstehens, sowie der unmoralische Schutz der Streikbrecher und die oft wahnsinnig erscheinenden Strafurteile gegen streikende Arbeiter die praktischen Mittel sein sollen. Diese Methode der Streikbekämpfung, die den Arbeitern die Benutzung des Streikrechtes verleiden soll, hat trotz der vielen Opfer in allen Formen, die sie den Arbeitern auferlegt, kläglich Fiasco gemacht. Allein den einzig vernünftigen Weg des Entgegenkommens, um dadurch die Streiks seltener zu machen, haben alle Mißerfolge die Unternehmer und die Regierung noch nicht zu gehen gelehrt. Wie viele heftige Kämpfe sind seit Jahren um die Einführung des Zehnstundentags geführt worden und in wie viel Hunderten und Tausenden von Fällen haben die Unternehmer nachgegeben und die verlangte Arbeitszeitverkürzung bewilligen müssen, wozu sie sich auf friedlichem Wege nicht verstehen wollten. Da aber heute noch immer trotz der großen Verbreitung der zehnstündigen und kürzeren Arbeitszeit für Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen die 10 1/2, 11- und sogar auch 11 1/2- und 12 stündige Arbeitszeit besteht, das Bedürfnis nach kürzerer Arbeitszeit aber nachgerade der letzte Arbeiter empfindet, so stehen noch viele und große Kämpfe um die Arbeitszeitverkürzung, speziell um die Einführung des Zehnstundentags, bevor, wenn sich nicht endlich Regierung und Reichstag dazu aufraffen, die seit dem Jahre 1848 von der deutschen Arbeiterchaft gestellte Forderung des gesetzlichen Zehnstundentags zu erfüllen. Die Deutsche Arbeitgeberzeitung und die ganze Scharfmacherpresse, die gegen alles Streiken von tiefstem Haß erfüllt sind, hätten eine schöne Gelegenheit, durch die Befürwortung der Einführung des gesetzlichen Zehnstundentags auf die Verminderung von Streiks hinzuwirken.

Die Regierung sollte endlich aus wirklich höheren Gesichtspunkten mit dem gesetzlichen Zehnstundentag ernst machen, weil es in der Hauptsache die Arbeiterinnen sind, junge Mädchen und Frauen, die noch 11 Stunden arbeiten und in jeder Beziehung unter dieser langen Arbeitszeit leiden müssen. In allen Gewerben und Industrien, welche zum großen Teile oder ausschließlich Arbeiterinnen beschäftigen, besteht noch lange Arbeitszeit, in allen Gewerben und Industrien, die nur zum kleinen Teile oder gar keine Arbeiterinnen beschäftigen, besteht kürzere Arbeitszeit. Diese Verschiedenheit der Arbeitszeit für die beiden Geschlechter liegt in der Verschiedenheit ihrer Organisation. Die Arbeiter haben schon frühzeitig begonnen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, und je besser ihnen das gelang, desto besser konnten sie die Arbeits- und Lohnverhältnisse gestalten, vor allem die Arbeitszeit verkürzen und zwar in fortwährendem Maße. Die Arbeiterinnen haben erst spät begonnen, sich organisatorisch zusammenzuschließen und die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder ist heute noch nicht groß. Darum auch sind die Fälle selten, in denen die Arbeiterinnen aus eigener Kraft irgendwelche Verbesserungen erreichten; insofern solche auch für sie geschaffen wurden, waren sie fast immer Errungenschaften der organisierten männlichen Arbeiter oder der ebenfalls von ihnen beeinflussten und vorwärts gedrängten Gesetzgebung. Unter diesen Umständen ist nicht daran zu denken, daß die Arbeiterinnen aus eigener Kraft mit der noch bestehenden unmenshlichen langen Arbeitszeit aufräumen und den Zehnstundentag einführen könnten. Darum soll und muß die Gesetzgebung eingreifen.

Der Fanatismus, mit dem rückständige Unternehmer an dem Elftundentag festhalten und die von ihnen hierfür gegebene Begründung, daß sie durch eine Verkürzung der Arbeitszeit konkurrenzunfähig werden würden; erinnern lebhaft an die letzte Stunde Seniors, die Karl Marx in seinem Kapitel so prächtig analysiert und gezeißelt hat. Um die Zehnstundenagitation der Arbeiter und bürgerlichen Menschenfreunde wirksam zurückzuweisen, hatten im Jahre 1836 die Industriearbavone in Manchester den Nationalökonomie-Professor Senior an der Universität Oxford in ihr industrielles Königreich kommen lassen, wie heute die deutschen Industriearbavone ihre Generalsekretäre haben, damit er ihnen die geistigen Waffen schmiede zum Kampfe gegen den Zehnstundentag. Und der geniale Senior löste seine Aufgabe wahrhaft großartig, indem er haarscharf bewies, daß der Reingewinn des Fabrikanten von der letzten Stunde abhängt. Nimmt man nun diese letzte Stunde durch die Einführung des Zehnstundentags, so fällt nicht bloß der Reingewinn, sondern sogar auch der Bruttogewinn dahin, denn die von ihm gemachte Berechnung ergab eine effektiv tägliche Arbeitszeit von 11 1/2 Stunden, wovon die letzte Stunde dem Reingewinn, die letzten 1/2 Stunden dem Bruttogewinn dienen. Die zehnstündige Arbeitszeit wäre also gleichsam die Dynamitbombe gewesen, durch die der Kapitalismus in die Luft gesprengt werden konnte. Aber weder die Arbeiter noch die Gesetzgeber ließen sich durch diese niederen Jongleurkünste des englischen Fabrikanten-Generalsekretärs verblüffen, es wurde der gesetzliche Zehnstundentag eingeführt und der Profit blühte nach wie vor. Die so gewinnreiche Stunde war nun die zehnte, während sie vorher die wölftige war und beim Achtfundentag die achte ist. Senior

hat später Buße für seinen Humbug, indem er sich aus einem Gegner in einen Verteidiger der Fabrikgesetzgebung verwandelte.

Die englische Industrie gedieh beim Zehnstundentag besser als beim Zwölftundentag und sie gediebt heute beim Neun- und Achtfundentag und das gleiche ist der Fall mit der deutschen Industrie. Die Unternehmer wissen unter allen Umständen auf ihren Profit zu kommen. Sie gediehen und prosperierten unter dem gesetzlichen Elftundentag und sie gediehen und prosperierten unter dem gesetzlichen Zehnstundentag. Aber die Arbeiter haben beim Zehnstundentag eine freie Stunde mehr, die für sie eine Stunde mehr zum Leben bedeutet; die kürzere Arbeitszeit bringt bessere Arbeitslöhne mit sich und darum fordert die Arbeiterchaft mit aller Energie die endliche gesetzliche Einführung des Zehnstundentags, denn

Wir haben lang genug geharrt,
Man hat uns lang genug genarrt.

Ein neueres Lohnsystem.

III.

Ich habe zwar mit dem Prämiensystem bis jetzt noch keine Erfahrungen gemacht, möchte mich aber im allgemeinen dazu äußern. Bei jedem von den Arbeitgebern erfundenen neuen Lohnsystem werden wohl die Worte, daß es „für beide Teile von Nutzen ist“, herhalten müssen. Während der ersten Zeit mag es auch so sein, nur daß der Arbeitgeber den größten Nutzen für sich in Anspruch nimmt und dann danach trachtet, schließlich den ganzen Nutzen in seine Tasche zu praktizieren.

Das neuere Lohnsystem soll nun die Mängel des 50 Prozent-systems aufheben. Um hierüber urteilen zu können, muß man die in Frage kommenden Mängel aber auch kennen. Der Hauptmangel soll sein, daß es den größeren Spielraum der Individualität, der der Akkordarbeit zugrunde liegt, unterdrückt. Das mag auch richtig sein; aber so wenig sich der Unternehmer um diesen Satz von Karl Marx kümmert, so wenig wird er sich darüber, ob die zu einer Arbeit gebrauchte Arbeitszeit gesellschaftlich notwendige oder individuelle ist, graue Haare wachsen lassen. Für den Arbeiter ist aber ein System mit gefester Grenze das denkbar beste, und zwar aus folgenden Gründen: Wenn die gefestete Grenze nicht überschritten wird, wird der Arbeitgeber nicht sagen können, daß der Arbeiter zu viel verdient hat und kann aus diesem Grunde dann auch keine „gerechtfertigten“ Abzüge vornehmen. Dagegen wird eingewendet, daß der geschickte Arbeiter nicht auf seine Rechnung kommt. Hierbei ist aber nicht zu vergessen, daß mit der gefesteten Grenze immer noch ein großer Spielraum für den zu erzielenden Verdienst gegeben ist; die ungleiche Entlohnung besteht dadurch fort.

Inwiefern das neue System die Abschätzung neuer Akkorde beeinflusst, verstehe ich wirklich nicht. Es müßte schon sein, daß wir der Arbeitgeber, wenn ich mich mit ihm über den Preis nicht einigen kann und deshalb die Arbeit im sogenannten „Zeitakkord“ ausführe, nach dem neuen System mehr wie 45 bis 50 Prozent bewilligt.

Nun zum neuere System selbst. Auf den ersten Blick sieht es ja sehr verlockend aus. 20 Prozent Preiserhöhung und gleichen Grundlohn vorausgesetzt, hat ein jeder unbegrenzten Spielraum. Nur bei der Verteilung des Profits scheint mir der Arbeiter etwas zu kurz zu kommen. Aus der Tabelle in Nr. 48 ersehen wir, daß der Arbeiter, der nach dem alten System 120 Mk. in 16,6 Tagen verarbeitet, seinem Kollegen, der nach dem neuen System 150 Mk. in 16,6 Tagen verarbeitet, insofern gleich, daß beide einen Durchschnittstundenerwerb von 72 Pf. haben, doch mit dem Unterschied, daß letzterer dem Arbeitgeber die zugelegten 20 Prozent wieder abtrifft. Da dies jedoch nicht der Zweck des neuen Systems ist, lassen wir jetzt dem Arbeiter die 150 Mk. in 15 Tagen verarbeiten, wir sehen dann, daß er es jetzt zu einem Stundenverdienst von 75 Pf. bringt, während sein Kollege, der nach dem alten System 120 Mk. in 15 Tagen verarbeitet, 30 Pf. herausschlägt. Infolgedessen hat nach dem neuen System der Arbeiter 3 Pf. der Arbeitgeber außer den 20 Prozent, die er zurück erhält, vom ganzen 5 Pf. die Stunde mehr verdient. Würde der Arbeiter nun so wahnsinnig drauflos arbeiten, daß er statt in 16,6 Tagen in nur 10 Tagen fertig wird, so würde er dem Arbeitgeber, außer dem Köder von 20 Prozent, 37 Pf. die Stunde mehr verdienen, während er sich mit einem Mehrverdienst von 9 Pf. begnügen müßte. Und dann wären wir auch auf dem Standpunkt angelangt, den ich eingangs erwähnte: der Arbeitgeber würde nicht wissen, wie er einen so kolossalen Verdienst seiner Arbeiter vor seinem Schöpfer verantworten sollte, und er würde so bald wie möglich die Schraube ohne Ende ansetzen.

Nun wollen wir einmal den Fall setzen, daß dieses neuere System nicht von einem Fregattenkapitän, sondern von den Arbeitern einer Fabrik erfunden worden wäre, deren Besitzer dank seiner „hetero-ragenden kaufmännischen Kenntnisse“ die Akkordpreise schon so „reguliert“ hätte, daß ein gewöhnlicher sterblicher Mensch bei dem Gedanken, einmal 50 Prozent mehr zu verdienen, vor Freude sich nicht zu fassen wüßte. Glaubt irgend jemand, daß dieser, wenn ihm die Arbeiter dieses System zur Annahme vorlegten, sich durch die 20 Prozent Preiserhöhung ködern ließe?

Werte Kollegen, aus dem vorstehenden werdet ihr gesehen haben, wie und für wen das neue System Mängel zu beseitigen geeignet ist. Daß ihr davon sonderlich erbaut sein werdet, glaube ich aber kaum. Darum lassen wir es lieber beim Alten.

Reinitendorf.

IV.

Zu dem mit dieser Überschrift versehenen Artikel in Nr. 48 der Metallarbeiter-Zeitung will ich mich kurz äußern. Welcher Unterschied besteht denn eigentlich zwischen diesem neueren Lohnsystem und den verschiedenen Prämienystemen? Der einzige ist der, daß bei dem Prämienystem in den meisten Fällen die Stundenzahl angesezt wird, in welcher die Arbeit geleistet werden soll, während bei dem neueren System der festgesetzte Preis, und dazu ein recht hoher Preis, für die Berechnung der an einer Arbeit verbrauchten Zeit maßgebend ist. Dies ist aber der einzige Unterschied, das Ziel bei beiden Systemen ist das gleiche, und zwar ist es das: Die Arbeitskraft bis auf äußerste auszunutzen. Man gibt dafür eine kleine Entschädigung in Gestalt von Prämie oder Lohnzuschlag, den Lohnanteil schneidet, wie gewöhnlich, das Kapital. Im allgemeinen wird die Arbeiterschaft dadurch auf schwerste geschädigt. Wenn ich auch nicht der Ansicht bin, daß Akkordarbeit in jedem Falle Nordarbeit ist, so wage ich es aber von beiden vorerwähnten Systemen zu behaupten. — Schreiber dieses arbeitete bei der Firma Ludwig Löwe & Co. in Berlin, als man dort mit dem Prämienystem die Arbeiter beglückte. Bis zum Jahre 1908 wurde zu annehmbaren Akkordpreisen gearbeitet; im Herbst dieses Jahres wurde die neue Form in der Huttenstraße erbsitzt. Es wurde Stundenlohn eingeführt, festgesetzt nach dem Durchschnittslohnverdienst der letzten drei Monate. In der Dreizehner schwankten die Stundenlöhne zwischen 50 bis 80 Pf., in einem Falle erreichten sie 90 Pf. Bemerkenswert ist noch, daß mit dem alten Arbeitssystem, wonach zum Beispiel der Dreher an einer großen Bank, zu einer bestimmten Zahl Maschinen, die große Arbeit, der an der kleinen Bank alle kleine Arbeit bekam, gebrochen wurde. Die Arbeit wurde, soweit nur irgend möglich, spezialisiert. Aus diesem Grunde brauchte man, vermutlich zwecks Kalkulation, vorläufig das Lohnsystem. Wenn nun das Lohnsystem nach den heutigen Begriffen ein annehmbares war, kam aber auch wieder in Betracht, daß jeder Neueingestellte auf persönliche Art untersucht wurde; war er gesund (besser: leistungsfähig) und hatte er seine Arbeit angetreten, kontrollierte ihn der Meister die ersten Tage aufs schärfste, sofern seine Arbeit nicht zufriedenstellend war, wurde er alsbald entlassen.

Nach etwa Jahresfrist hatte man wohl genügend Erfahrung mit dem Lohnsystem gemacht. Es wurde dann teilweise Akkord, teilweise Prämienarbeit vergeben, während einzelne in Lohn weiter arbeiteten. Ursprünglich gab man denen Prämienarbeit, von denen man im gewöhnlichen Leben schlechthin sagt: „Sie werden nicht alle!“ Das Prämienystem war folgendes: Für eine bestimmte Arbeit wurde eine Stundenzahl festgesetzt, in der sie geleistet werden kann, der frühere Stundenlohn wurde garantiert. Brauchte der Arbeiter zur Fertigstellung die ganze Stundenzahl und gegebenenfalls noch mehr (dieser Fall ist nicht vorgekommen), so wurde ihm sein feinerer Stundenlohn bezahlt; brauchte er weniger Stunden, so erhielt er nicht etwa das der festgesetzten Stundenzahl entsprechende Stundengeld, sondern lediglich den Stundenlohn der verbrauchten Stunden, dazu einen prozentualen Zuschlag zu seinem Lohne, entsprechend der prozentualen schnelleren Fertigstellung der Arbeit. Zum Beispiel: Es werden für eine Arbeit 100 Stunden vorgeschrieben. Erledigt in 80 Stunden gibt 20 Stunden = 20 Prozent Zeitersparnis. Der Arbeiter erhält, wenn er einen Stundenlohn von 50 Pf. hat, 48 Mk. ausbezahlt nach folgender Berechnung:

Vorgeschriebene Stunden	100
Verbrauchte Stunden	80 < 50 Pf. Stundenlohn = 40 Mk. verb. Loh.
Ersparte Stunden	20
Ersparnis in Prozent	20
Verdienter Lohn	40 Mk. < 0,20 (Zeitersparnis) = 8 Mk. Prämie
Prämie zum Lohn	8
Summa	48 Mk.

Ich bemerke, daß bei höherem Stundenlohn eine entsprechend niedere Stundenzahl festgesetzt wurde. Der Unternehmer wollte für die Arbeit 50 Mk. ausgeben, er hatte bei obigem Beispiel eine Selbstersparnis von 2 Mk. Was aber wichtiger war, die Arbeitsmaschine stand ihm 20 Stunden mehr zur Verfügung. Das sind die Vorteile für den Unternehmer, erreicht an Kosten der Gesundheit der Arbeiter, was ich durch folgendes beweisen möchte. Bei der Firma Löwe besteht eine Betriebskrankenkasse. Die Beiträge betragen (mit Unternehmerbeitrag) 48 Pf. wöchentlich. Die Leistungen der Kasse waren, weil nur ganz gesunde Arbeiter eingestellt wurden, gute. Nach Einführung des Prämienystems änderte sich das Bild. In einer Generalversammlung der Kasse teilte der Vorsitzende mit, daß die Leistungen der Kasse eingeschränkt werden müßten. Die Arbeitervertreter erklärten, die Beiträge erhöhen zu wollen, an den Leistungen der Kasse solle nichts geändert werden. (Da Schreiber dieses bald den Betrieb verließ, ist vielleicht einer der Berliner Kollegen so gut und ergänt in diesem Punkte meinen Artikel.) Bekannt ist mir, daß die Beiträge erhöht wurden, um wieviel, das ist mir jedoch festgesetzt. Stundenzahl bestehen blieb; sobald eine Arbeit einmal „allzweifel“ Prämie abwarf, wurde die Stundenzahl gekürzt. Im allgemeinen schien es, als ob bis zu 20 Prozent Prämie verdient werden dürfte, genau war dies nicht festzustellen. Aber das dicke Ende kam nach. Das Prämienystem hatte in nicht ganz zwei Jahren seinen Zweck erfüllt, man schaffte es ab und führte die Akkordarbeit ein. Das Prämienystem war hier bloß Mittel zum Zweck, der Arbeiter hatte, wenn auch ungewollt, seine Akkordpreise „reguliert“, um nicht zu sagen reduziert.

Sich bin von der Meinung, diese Folgen würde auch das neuere Lohnsystem zeitigen; zwischen den beiden Systemen besteht kein Unterschied, das Kind hat bloß einen anderen Namen. Ich bin der Meinung, daß unsere Organisation, wo sie die Macht dazu hat, die Einführung dieses Systems verhindern muß. Die Anforderungen an die Arbeitskraft sind unter der heutigen Arbeitsmethode für den Arbeiter außerordentlich groß, unter dem neueren Lohnsystem würden sie direkt gesundheitsgefährlich. Das Nervensystem würde ganz einfach durch übertriebene Spannung, durch die andauernde körperliche und geistige Anspannung aufgereizt. Man könnte man einwenden: wird dem Unternehmer die Arbeit um 20 Prozent schneller fertiggestellt, dann wird er auch genötigt sein, die Arbeitskraft entsprechend zu vergrößern. Der Unternehmer denkt natürlich gar nicht daran; sollte aber unversehens bei Kürzung der Arbeitszeit das neuere Lohnsystem anerkannt werden, dann wären wir, da ja feststeht, daß die Möglichkeit vorhanden, in acht Stunden dasselbe zu produzieren wie in zehn Stunden, im allgemeinen immer noch geschädigt. Der Unternehmer kommt hierbei immer noch auf seine Rechnung. Die Arbeitskraft des einzelnen Arbeiters wird bis auf äußerste ausgebeutet. In demselben Maße wie sich die Arbeitsleistung steigert, werden Arbeitsmaschinen weniger gebraucht, die Produktion dieser Maschinen vermindert. In demselben Maße werden Arbeitskräfte überflüssig und dadurch das Heer der Arbeitslosen, die industriellen Reservearmee, vermehrt. Meine Meinung geht dahin: Widerstand gegen alle derartigen Neuerungen, Streben nach Einführung von Minimalstundenlöhnen und Tarifverträgen auf Grund des Stundenlohnes.

Arbeitsvertrag.

Zum Ausbau unseres Verbandes.

Der Vorstand mag es mit seinen Vorschlägen zur Erweiterung der Unternehmungen ganz gut meinen, ob die Vorschläge aber wirklich den gewünschten Erfolg bringen werden, bezweifle ich sehr. Nach der Begründung, die der Vorstand seinen Neuerungen vorausschickt, muß man zu gegenteiliger Ansicht kommen. Der Vorstand wünscht gleiches Recht für alle, dem ich auch nicht entgegenstehe will. Wenn der Vorstand aber eine Ungleichheit in der Behandlung der Mitglieder bei der jährigen Handhabung der Umzugskosten erblickt, so kann ich mich dem nicht anschließen. Es trifft auch bei der heutigen Behandlung nicht alles so zu, wie es der Vorstand auszubedenken beliebt.

Die Umzugskosten haben doch nicht den Zweck, einem Mitglied die Reisekosten zu vergüten, die ihm bei der Annahme von Beschäftigung an einem anderen Orte, vielleicht durch die Bahnfahrt, entstehen. Die Unterstützung wird gewährt, damit die Familie, wenn sie nicht überfließelt, nicht gezwungen ist, ihre Subsistenzkosten unter den Hammer zu bringen. Dem Kollegen selbst hat man zu einem schnelleren Eintritt seiner neuen Stelle nicht verholfen, weil er doch fern an dem neuen Wohnort, wenn er wieder bei dem Verband gemeldet ist, Anspruch auf Umzugskosten erheben kann. Also kann das, was der Vorstand von den Verheirateten vorausschickt, nicht zutreffen. Wieviel Kollegen gibt es nicht, die gezwungen waren, an einem anderen Orte in Arbeit zu treten und auch glaubten, ihre Familie nachkommen lassen zu können, die aber nach einigen Wochen, in ihren Hoffnungen sehr enttäuscht, zurückkehrten. Diese erhielten aber ebenfalls wie die Ledigen die Umzugskosten. Auch sind die ledigen Kollegen nicht von der Umzugsunterstützung ausgeschlossen, zum Beispiel wenn sie Vater, Mutter, Bruder oder Schwester mit zu ernähren haben; ziehen diese mit nach dem neuen Wohnort, so bekommt der betreffende ledige Kollege ebenfalls die Unterstützung. Man sollte doch auch nicht annehmen, daß sich die Kollegen bei der in Frage stehenden Unterstützung benachteiligt fühlen können. Ebenjogut hätten die ledigen Kollegen ja dann auch ein Recht auf die gleiche Höhe der Unterstützung bei Streik und Maßregelung. Wenn man doch mit Gewalt ein Unterstützungsverein werden will, dann soll man in allen Punkten bei gleichen Pflichten gleiche Rechte gewähren.

Bei der heutigen Form der Umzugsunterstützung werden der Kasse nicht zu hohe Kosten auferlegt. Ganz anders wird sich das Verhältnis gestalten, wenn in Zukunft auch die Unterstützung im voraus gewährt wird. Ich befürchte, daß wir damit auf eine schiefe Ebene geraten. Es sind das Kosten, die wir uns damit aufladen, die keinen anderen Zweck haben können, als daß wir den Reiz zu weiteren Meilen bei unseren jüngeren Kollegen ausüben. Ob die Erwerbslosenunterstützung uns alle die zuzuführen wird, auf die der Vorstand rechnet, ist eine andere Frage. Jedenfalls werden diese Leute auch wieder neue Einwendungen haben, wenn wir unsere neuen Unternehmungen eingeführt haben.

Daß an 99 Orten von 481 keine Ortsunterstützung erhoben wurde, beweist, daß es den Kollegen an diesen Orten noch nicht so schlecht geht, wie denen an den übrigen Orten, wo man jeden Augenblick gewärtig sein muß, daß man entlassen wird. Aber sonst ist damit noch nichts bewiesen, wir wissen ja nicht einmal, wieviel Mitglieder an diesen 99 Orten vorhanden sind. Daß diese Kollegen aber so sehr für die Krankenunterstützung zu haben seien, kann man sich kaum denken. Denn man weiß doch, daß gerade die Kollegen an kleineren Orten sich gar nicht einmal so leicht erwerbslos schreiben lassen, es muß die Krankheit schon sehr schlimm sein, so daß sie nicht mehr laufen können. Wenn die Unternehmer beschäftigen dort eben nicht mehr Arbeiter, als sie notwendig zur Aufrechterhaltung ihres Betriebs haben. Fehlt ein Arbeiter längere Zeit, muß er damit rechnen, daß sein Platz besetzt wird. Sollte es aber zutreffen, so werden doch diese Kollegen sich gegen Krankheit ebenjogut zu versichern wissen wie die an anderen Orten. Verdanken kann man es diesen Kollegen ja nicht, wenn sie den Unterstützungsbeitrag eingeführt haben wollen, aber der Verband ist ohne diese Einrichtung bis zu 200 000 Mitgliedern gewachsen, da sollte man doch eine weitere Unterstützungsunterstützung nicht mehr für notwendig halten. Zum allerwenigsten braucht nicht den Leuten nachgegeben zu werden, die nur immer sagen: „Ja, wenn ihr den Unterstützungsbeitrag einführt, dann werden wir Mitglieder.“ Für solche Mitglieder danke ich bestenfalls. Wer hat denn in den ersten Jahren nach den Unterstützungen Fragen können? Der Verband hat sich auch da entwickelt und an Mitgliedern zugenommen. Wenn die Quantität auch nicht so groß war wie heute, die Qualität hat darunter sicher nicht gelitten.

Daß der Vorstand die Erwerbslosenunterstützung abermals vorschlägt, dafür mag der Grund auch darin zu suchen sein, weil der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verband diese auch beschlossen hat. Damit wir nun keine Mitglieder verloren gehen, wollen wir diese auch einführen. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir in unseren Bestrebungen und unserem Ziel, das wir uns einst gesetzt haben, immer mehr verfallen. Die 10 Pf., die der Vorstand für die Erweiterung der Unternehmungen vorschlägt, können im Ernstfall niemals ausreichen. Der Vorstand weiß ganz genau: Werden die Erweiterungen der Unternehmungen eingeführt, dann haben die Mitglieder auch für ihre Erhaltung einzutreten. Im ersten Jahre wird man mit dem erhöhten Beitrag von 10 Pf. auskommen, weil vom Tage des erhöhten Beitrags an erst nach einem Jahre die Erweiterungen in Kraft treten. In der darauf folgenden Generalversammlung 1907 wird der Vorstand wohl mit Änderungsanträgen oder mit Erhöhung von Beiträgen kommen, denn man ist das nun gerade bald vor ihm gemahnt.

Naher halte ich es auch für notwendig, daß jedes Mitglied seinen Willen zu den Anträgen des Vorstandes zum Ausdruck bringen kann, weshalb eine Abstimmung vorzunehmen ist.

Lübeck. F. Sommerfeld.

In mehreren Nummern der Metallarbeiter-Zeitung befand sich Artikel einzelner Kollegen, die sich mit dem Ausbau des Unterstützungsvereines unseres Verbandes beschäftigten. Alle, der eine mehr, der andere weniger, sind der Meinung, daß der Ausbau des Unterstützungsvereines das Allheilmittel ist, vermöge dessen wir die uns noch fehlenden Kollegen für den Verband gewinnen können. Es hat fast den Anschein, als ob die materiellen Vorteile, nicht die idealen und solidarischen Interessen als Hauptmotivationsmittel angesehen werden. Als im Jahre 1891 in Frankfurt a. M. der Verband gegründet wurde, hieß es: Die zweckmäßigsten Organisationen sind die Industrieverbände. Und auch der erste Gewerkschaftskongress hat in diesem Sinne entschieden. Jetzt sind bereits vierzehn Jahre verstrichen, und wir haben noch immer keinen vollständigen Industrieverband. Und doch ist es in keiner Industrie mehr nötig als in der Metallindustrie, alle Arbeiter in einer Organisation zu vereinen. Neben dem Metallarbeiter-Verband bestehen noch die Verbände der Schmiede, Kupferarbeiter, Verfarbeiter u. fort, ohne daß in den letzten Jahren entsprechende Schritte gemacht worden sind, diese Organisationen in unseren Verband aufzunehmen. Im Gegenteil, besonders in unseren größeren Verwaltungsstellen, werden diese Kontraktorganisationen noch durch unsere mitunter recht hohen Beitragserhöhungen zu den Kartellen, Sekretariaten, Berichtsausschüssen u. s. w. unterhalten. Daß bei dem Vorhandensein so vieler Organisationen auch die Agitation in den größeren Betrieben, das Handeln bei Streik und Kampferregung bedeutend erschwert wird, wird wohl niemand bestreiten können. Je weiter aber unter Unterstützungsvereinen angebanden wird, desto schwächer wird den anderen Verbänden der Übertritt gemacht. Was meiner Ansicht nach die nächste Generalversammlung für ersehnt mit der Frage der Beschleunigung der noch bestehenden Straßensysteme be- schäftigen, und was sie nicht erreichen kann, das muß von dem nächstjährigen Gewerkschaftskongress verhandelt werden. Dann erst können wir sagen: Die organisierten Metallarbeiter Deutschlands haben einen vollständigen Industrieverband geschaffen, die gehören einer Organisation an. Dann wird auch in der Agitation mehr geleistet werden. Kollegen, seht unsere Arbeitgeber an, wie sie sich

organisieren. Sie haben von uns gelernt, aber ihre Organisation auszubauen als Kampfsorganisation haben sie besser verstanden als wir Metallarbeiter.

Dietrichsdorf b. Kiel.

G. Stich.

Der Wahrheit die Ehre.

Der Verband der Arbeitgeber im Bergischen Industriebezirk (Sty in Elberfeld) hat durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Schreiner und den Geschäftsführer des Verbandes, Justizrat Krüll, eine Broschüre über die Ursachen und den Verlauf des Streiks auf den Bayerischen Farbwerken in Leverkusen herausgegeben. Diese Broschüre ist ein Tadelbuchwerk „erster Güte“. Es ist ja klar, daß die Arbeiter vom Standpunkt der Unternehmer und ihrer Helfershelfer immer unrecht und die Führer der Arbeiter leichtsinnig und frivol gehandelt haben. Die Unternehmer meinen es aber doch so gut mit dem Bruder Arbeiter, sie wollen ihn durch Wohlfahrtsleistungen nur sein Los erleichtern. Ein großes Wesen wird in der Broschüre von den Wohlfahrtsleistungen gemacht. Zahl das Unternehmertum das, was den Arbeitern zukommt, dann verzichten sie recht gerne auf die Wohltaten. Das konnte man ins- besondere auch oft genug bei dem Streik in Leverkusen in den Versammlungen hören. Um nun die öffentliche Meinung wieder für sich zu gewinnen, die selbst in anderen Kreisen als in denen der Arbeiter sich gegen die Praktiken und Maßnahmen der Farbwerke richtete, hat man diese Broschüre verbreitet. „Der Zweck heiligt die Mittel“, so denkt gewiß jeder objektiv denkende Mensch, der die Leverkusen-Verhältnisse kennt, wenn er die Broschüre gelesen hat.

Einleitend heißt es in der Broschüre: „Trotzdem an der Bewegung nur ein geringer Teil der ganzen Belegschaft beteiligt war, hatte diese Bewegung in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt war, hatte sie doch eine typische Bedeutung, weil die aktuellen Streitfragen der Organisationen in dem Kampf gegen das Unternehmen aufgerollt wurden. Die Bewegung war der Anlaß zu scharfen Angriffen in der sozialistischen Presse, er hat aber auch zu vielfacher unrichtiger Berichterstattung und zu schiefen Urteilen in solchen Blättern geführt, von denen man es nicht gewöhnt ist, daß sie einseitig den Standpunkt der Arbeitnehmer vertreten.“

Zunächst die Bewegung war „typisch“, sie zeigte der Diktation, daß, wenn man den Logen zu straff spannt, die Sehne zerreiht. Man muß sich wundern über die zur Schau getragene Naivität der Verfasser. Wissen sie wirklich nicht, wie die Arbeiter dort gekurzt worden sind? Kennen sie nicht das Spionagewesen, das sich dort breit gemacht hat? Nicht die Brutalitäten, unter denen die Arbeiter zu leiden hatten? Kennen sie nicht den Ausspruch der Diktation in ganz Konfession mit den Angestellten während des Kampfes die ganze Situation, was erklärt wurde, daß „die Meitheer nunmehr eine Zeitlang etwas vorsichtiger sein sollten?“ Die Organisationen waren das öffentliche Gewissen, mit rauher Hand wurde der Schleier der Arbeiterfreundlichkeit, mit dem sich diese Gesellschaft brütelte, einmal zerrissen und die Zustände in natürlicher Gestalt gezeigt. Die „böse Presse“ stand den Arbeitern freilich zur Verfügung. Da hatte die Macht der Herren ein Ende. Begreiflich ist es, daß sie über die bürgerlichen Blätter besonders aufgebracht sind, die die Handlungsweise der Diktation verurteilten. Schiefe Urteile sollen darüber schon gefällt worden sein. Bis kurz vor dem Kampfe galt der Krieg nur den Arbeitern in den modernen Organisationen. Hat man nicht schon seit Jahren die Angestellten in die Versammlungen geschickt, um zu spionieren, wer von den Arbeitern dort spricht? Sind nicht schon seit Jahren wegen Zugehörigkeit zum Verband Arbeiter entlassen worden? Sogar Verheiratete wurden entlassen, die dann auch sofort die Fabrikwohnung räumen mußten und sogar kein Anrecht mehr auf das hatten, was sich die Arbeiter im Garten gepflanzt hatten. (Dies steht ausdrücklich im Mietkontrakt.) Schöne Wohlfahrtsleistungen, nicht wahr? Warum hat die Firma nicht zur Ausheilung in Düsseldorf 1902 in ihren „Erklärungen“ bei der Selbstlobhudelei mit den Wohlfahrtsleistungen die Unglücksfälle der vorhergegangenen Jahre mit vermerkt? Warum hat sie nicht ein paar Arbeiter, wie sie im Werk in den Gistuben herumlaufen, mit ausgehüllt? Dann hätten die Besucher gewiß einen weiten Bogen um die Geschichte gemacht und sicherlich das Buch mit Goldprellung, das an der Kette lag, nicht angefaßt. Warum verdeckt man die von Gift und Schmutz angezeigten Arbeiter, wenn hoher Besuch kommt? Die Wahrheit soll nicht durchdringen, durch Potemkinsche Dörfer sollen die wirklichen Zustände verdeckt werden. Und da wundern man sich, wenn die Arbeiter sich einmal erlauben, gegen Ungerechtigkeiten Front zu machen. Die Verhältnisse gestalten sich aber auch immer schlimmer und so blieb es nicht aus, daß ohne frivole Hezerei der Arbeiterführer das eintrat, was kommen mußte, und daß sogar die Stütz- Dunderstehen Gewerksvereiner, die doch sonst immer eine ziemliche Portion übertragen können, sich auch aufleierten.

Die Ursachen des Ausstandes wurden geprüft durch den Prüfungsausschuss des Unternehmer-Verbandes. In der Broschüre wird nun gesagt, daß man seitens der Arbeiter „die Tätigkeit des Prüfungsausschusses gewöhnlich als eine heuchlerische Farce bezeichnet“. Es liegt uns fern, irgendwie behaupten zu wollen, daß die Verfasser der Schrift diese Auffassung von ihrer Aufgabe selbst gehabt haben, doch möchte ich hervorheben, daß ich Gelegenheit hatte, Untersuchungen von Missetänden und auch Verhandlungen beizuwohnen, die anders geführt wurden wie in der fraglichen Sitzung des Prüfungsausschusses am 5. August 1904. Mit den Vertretern der Organisationen wollte man nichts zu tun haben, der Ausschuss sei kein Einigungsamt, sondern nur berufen, die Sachlage durch Fragen an die Beteiligten, und wenn nötig, durch Ortsbesichtigung und Prüfung der Bücher zu klären. Unwahr ist es, daß die Organisationsvertreter unter allerlei Einwendungen und mit Unlust den Parteisaal verlassen hätten, wie in der Broschüre steht. Schreiber dieses hat den zehn Herren erklärt, als der Vorsitzende sagte, mit uns nicht verhandeln zu können: „Es liegt uns fern, uns hier aufzubringen, wenn die Herren nicht mit uns verhandeln wollen, so gehen wir unserer Wege.“ Wir glauben ja recht gern, daß die zehn Herren lieber mit den ausgewählten fünf Arbeitern der Fabrik „verhandelt“. Diese Veranstaltung kann man aber eine Verhandlung überhaupt nicht nennen. Nicht einmal einen Sprecher durften sich die Arbeiter ernennen, das wurde vom „unparteiischen“ Prüfungsausschuss des Unternehmerverbandes nicht gestattet. Die Geschichte wickelte sich ungefähr ab, als ob die Arbeiter vor dem Untersuchungsrichter ständen. Als Zeugen wurden nur Arbeitswillige und Beamte aus dem Betrieb vernommen. Hätte die „unparteiische“ Untersuchungskommission auch nur einige Streikende als Zeugen vernommen, man hätte noch mehr zugegeben, als man zugegeben hat. Man weiß ja aus Erfahrung, daß die Arbeiter wegen ihrer erbärmlichen Schulbildung, wenn sie dem Vorgesetzten und Unternehmer gegenüberstehen, den Kürzeren ziehen müssen. Bemerkenswerter noch, daß der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes auch Vorstandsmitglied der Aktiengesellschaft der Farbwerke in Leverkusen ist. Was war das Resultat der Untersuchung? Es wurde festgestellt, daß durch das Schreiben der Organisationen der Arbeiter auf den Missetand bezüglich der Aborte aufmerksam gemacht worden war; ferner erkannte man an, daß der Lohn zwar ein niedriger sei, doch sei dies kein Missetand zum Streifen. Es wurde bewiesen, daß die Arbeiter in den Gistuben nicht von Anfang an fairen Angelegenheiten gekommen, sondern erst später, wenn sie bei der ungenügenden Arbeit bleiben wollten. Einer der Arbeiter hatte sich Notizen gemacht und trug auf Grund dieser seine Beschwerden vor. Das hat der „unparteiische“ Ausschuss als ein „sehr entwickeltes Selbstgefühl“ des Arbeiters betrachtet. Ja, die Wahrheit klingt nicht immer angenehm in den Ohren! Als dann der Arbeiter das Material dem Prüfungsausschuss zur Verfügung stellen wollte, lehnte man es ab mit der Begründung, daß doch die schwersten Fälle in den Versammlungen der Arbeiter zur Sprache gekommen seien. Man gab also zu, daß schwere Fälle vorgekommen sind. Wäre es nicht die Wahrheit gewesen, was den Beamten von den Arbeitern ins Gesicht geschleudert wurde, so hätte die Diktation der Farbwerke sicherlich Angege erlattet.

Der „unparteiische“ Prüfungsausschuss behauptet, daß den ausständigen Arbeitern der Nachweis für die behaupteten Mißstände in keinem Punkte gelungen sei und es stand deshalb nach § 28 der Satzungen, „den Farbwertern der Schutz des Verbandes zu“. Eine Krähle hat der andere kein Auge aus! Festgestellt wurde durch einen Feuerwehrmann, daß die Behauptungen über die Übelstände auf den Worten (Angelegenheit) auf Wahrheit beruhten. Weiter wurde festgestellt, daß nicht genügend Worte, keine Säureanzüge da waren, daß die Löhne niedrig sind. Aber trotzdem haben die Arbeiter in keinem Punkte den Nachweis über Mißstände erbracht! Material, das dem „unparteiischen“ Prüfungsausschuss angeboten wurde, hat man abgelehnt. War also die Untersuchung eine Farce, oder was war sie? O ihr Feuchler und Pharisaer! könnte man ausrufen. Jedoch soll den „Leuten“ geantwortet werden. Die Art der Zeugenvernehmung ist in Nr. 34 und 41 der Metallarbeiter-Zeitung schon geistert, deshalb erübrigt es sich, noch näher darauf einzugehen. Nur den kurzfristigen Standpunkt des Direktors Dr. Duisberg wollen wir hervorheben, der zum Ausdruck kam, als ein Arbeiter in der Sitzung des Prüfungsausschusses sich beschwerte, daß die Vorgesetzten sich bei den Arbeitern genau erkundigten, was sie an dem Tag zu tun gedenken, wo sie einmal Urlaub haben wollen. Da erklärte der Direktor: „Es würde nach Vermeidung dieses Tages gefragt, weil erfahrungsgemäß viele Arbeiter „blau“ machen und dann an den Folgen des Alkoholgenußes leiden. Solche Leute dürfen aber in gewissen chemischen Betrieben nicht arbeiten, da in diesem Zustand ihr Körper nicht genügend widerstandsfähig gegen die Einflüsse der dort fabrizierten Chemikalien sei.“ Es ist nun aber längst festgestellt, daß gerade dort, wo die modernen Arbeiterorganisationen stark vertreten sind, am allerwenigsten dem Alkohol gekniffen wird, weil die organisierten Arbeiter ganz genau wissen, daß der Alkohol im Kampfe für die geistige und wirtschaftliche Freiheit einer der größten Feinde ist. Uns gegenüber haben auch schon Unternehmer anerkannt, daß durch die Organisationen der Arbeiter dem übermäßigen Alkoholgenuß erfolgreich zu Weibe gerückt wurde und daß die Arbeiter auch nicht mehr so viel „blau“ machten wie früher, als die Organisation noch nicht da war. Überhaupt habe die Organisation einen ungeheuren Einfluß auf die Arbeiter in puncto Bildung und Besehen. Der Direktor Duisberg sieht aber auf dem Standpunkt, keine organisierten Arbeiter zu beschäftigen. Beweis der Revers, der den Arbeitern vorgelegt wurde, keiner Organisation anzugehören. (Siehe die früheren Artikel über Leverkufen.)

In der Broschüre heißt es: „Daß in der Arbeiterpresse verheerende und verhöhnende Artikel, in denen Dinge und Personen in den Staub gezogen wurden, erschienen wären und immer zum Beitritt in die sozialdemokratischen Organisationen aufgefordert wurde.“ Es ist schon ausgeführt worden, daß die Direktion es sogar den Hirsch-Dunckerischen zu stark getrieben hat, so daß diese den Streik erklären, dem sich unsere Organisation anschloß. In der Schrift heißt es weiter: „Die Direktion der Farbwerke, die durch regelmäßige persönliche Besichtigungen und durch rege Zusammenkünfte der Betriebsleiter über alle Vorgänge auf dem laufenden gehalten wird... wandte sich an ihre eigenen Arbeiter. In einer aus Vertretern der Schlosser, Dreher und Klempner der sämtlichen Werkstätten wurde das Schreiben bekannt gegeben und unter Zusicherung völliger Anonymität zu einer offenen Aussprache aufgeführt. Das Ergebnis war ein durchaus negatives und die Direktion konnte unter Zustimmung aller Anwesenden feststellen, daß von Miß- und Übelständen, wie sie von den Gewerkschaftsführern im Schreiben vom 19. Juli 1904 behauptet wurden, keine Rede sein könnte.“ Zum bedenklichen aber, wie das Spionagesystem ausgebaut war, daß Meister, Betriebsleiter, Feuerwehrlente die Arbeiter scharf beobachteten. Durch das Vorgehen in den letzten Jahren mußten die Arbeiter genau, wie es mit der Anonymität aussieht. Beschwerte sich ein Arbeiter, dann wurde er geschurigelt, so daß er gern der Wohlfahrtsfirma Beschwörung sagte. Aus diesem Grunde sagte auch keiner der Arbeiter etwas. Wie man die Mißstände beseitigte, das steht in Nr. 34 Seite 267 Spalte 3 der Metallarbeiter-Zeitung und genügt dies zur Charakterisierung der Gesellschaft. Die Arbeitsmiederlegung hat den guten Leuten von der Direktion aber gezeigt, daß die Arbeiter die vorhandenen Miß- und Übelstände empfinden. Durch diese Bewegung ist auch erreicht worden, daß man etwas humanere Seiten aufgezogen hat.

In der Broschüre teilt man auch mit, daß die Direktion eine umfassende Gegenorganisation ins Leben rief, bestehend aus Chemikern, Ingenieuren, Meistern und Aufsehern, die für Anwerbung von Arbeitswilligen, Unterbringung und Verpflegung (im Wellblechheim und Kaffeehütte), für Erhaltung der Sicherheit und Ordnung zu sorgen hatten. Wir wollen noch hinzufügen, daß auch verhängte Gendarmerie- und Polizeiaufgebot vorhanden war, daß die Ingenieure mit Revolvern versehen waren, daß Tag und Nacht die Feuerwehr Kassen stand. Es fehlten nur noch die „Pinkerons“. Oder sollten die vielen Knüppel, die an die nichtstreikenden Arbeiter verteilt wurden, die Pinkerons ersetzen? Man hat wohlweislich nichts von den Knüppeln erwähnt, weil man sich dadurch schwer blamiert hat. Denn 20 der so bewaffneten Arbeitswilligen sind am 6. August von der Gendarmerie wegen tumultuarischen Szenen nach Opladen ins Gefängnis geführt worden, aber kein einziger von den Streikenden. Die Gegenorganisation hat ja auch Arbeitswillige aus allen Ecken Deutschlands herbeizuschleppen versucht und sich auch bei dieser nicht beneidenswerten Arbeit öfters blamiert. R. Sp. (Schluß folgt.)

Hirsch-Dunckerische Heldentaten.

Die Hirsch-Dunckerischen Blätter haben wieder ihre liebe Not. Der Regulator, das Organ des Gewerkschaftsbundes der Maschinenbau- und Metallarbeiter, vertritt gar lange Schreiberereien, um die großartigen Heldentaten, die er und seine Getreuen bezüglich Hannau und Artern verbreiten haben, zu rechtfertigen. Allein so tief der Regulator auch in das Lantenfaß tauchen mag, es wird ihm die Rechtfertigung nicht gelingen. Es handelt sich ja bei diesen Helden taten eigentlich nicht um die Fortsetzung der ganzen bisherigen Tätigkeit jener edlen Hirtenschaft. Was hat sie nicht allein in den letzten zwei Jahren geleistet? Wir erlassen es uns und unseren Lesern, auf alle diese Dinge zurückzugreifen. Nur an ein Vorfall, auch aus der letzten Zeit, sei kurz erinnert. Bekanntlich waren die Hirsch-Dunckerischen beim Schloßerstreik in Breslau zu feig, bei Meinecke mit in den Streik zu treten, obwohl sie erst den Versuch dazu gemacht hatten. Ein Situationszettel des Fabrikdirektors genützte für die Gewerksvereiner, daß — Hirsch-Dunckerische zu ergreifen. Während vom Metallarbeiter-Verband der Kampf, der für die Breslauer Schloßergesellen wesentliche Vorteile brachte, geführt wurde, übten sich die Hirsch-Dunckerischen in Flugblättern und in einer „geheim“ erschienenen Beilage des Regulator im Schimpfen und Verdächtigen des Metallarbeiter-Verbandes und seiner Führer, besonders des Kollegen Schlegel. Nicht genug damit: da die Hude bei Meinecke „hirschenrein“ bleiben sollte, verhängten die Papiere darüber die „Sperre“; den Metallarbeiterverbändlern sollte es auch nach dem Streik nicht gestattet sein, darin zu arbeiten. Als darauf einige der Verpönten dort zu arbeiten anfingen — ohne daß sie eine Ahnung von Verhängung der „Sperre“ hatten! — erhob die Hirsch-Dunckerische ein großes Geschrei. Näheres darüber ist zu lesen in Nr. 47 der Metallarbeiter-Zeitung.

Auf diese Breslauer Heldentat folgte die über Hannau. Nicht genug, daß die Hirsch-Dunckerianer auch in diesem Falle sich durch Feigheit auszeichneten, indem sie ihren eigenen Beschlüssen untreu wurden (siehe Nr. 46 der Metallarbeiter-Zeitung), vermittelte ihr Organ, der Regulator, durch Aufnahme von Arbeitergesuchen der Firma Grill & Co. in Hannau auch noch Arbeitswillige und machte so den Kampf der streikenden Arbeiter autoritätlos. Nachdem nun die Arbeiterpresse diese Handlungsweise nach Gebühr gebrandmarkt hat, hat der Regulator die Dreistigkeit, seine und seiner Genossen scharfe Haltung noch ausdrücklich zu verteidigen! Weiter aber heuchelt der Regulator Mitleid, er vergießt Krokodilstränen, indem er schreibt:

„Die Sache wäre eigentlich zum Lachen; aber sie ist so bitter-ernst, wenn man an die Familien denkt, die durch das Vor-

gehen ihrer sogenannten Führer in der kommenden Weihnachtszeit als Streikende umherlaufen, die durch den Unverstand ihrer „Führer“, denen jede sozialpolitische Erkenntnis mangelt, das Meer der Arbeitslosen vergrößern.“

Fsi! über eine solche Nichtswürdigkeit. Der Regulator nimmt Arbeitswilligengesuche an und dann „bemitleidet“ er die „als Streikende umherlaufenden Familien“! Nun, das Schicksal hat es anders gewollt: Ist auch der Streik durch den Hirsch-Dunckerischen Streikbrecher nachweislich vereitelt worden, so brauchen die Opfer dieser Verräterei doch nicht zu Weihnachten umherzulaufen, sie sind bereits alle wieder in Arbeit.

Nach Hannau folgte Artern. (Siehe Nr. 50 der Metallarbeiter-Zeitung.) Auch da Vermittlung von Arbeitswilligen durch den Regulator. Dieses Blatt findet es nun vollkommen in der Ordnung, daß in Artern die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes gemäßregelt wurden! Weit entfernt, ein Wort des Tadel gegen die Direktion der Kniffhäuserhütte zu äußern, beehrt dieses „Arbeiter“blatt die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes mit Lügen und Verleumdungen. Die Metallarbeiter-Verbändler hätten „nur das geerntet, was sie gesät“. Sie sollen die armen Hirsche schikanieren, ihnen das Werkzeug versteckt haben etc. Wirklich nimmerbar, daß alle diese Schmeicheleien erst jetzt — von der Direktion! — gerufen werden, jaft zu der Zeit, wo die Direktion die Verbändler, weil unbenommen Dränger, los sein wollte! Die „Schikanen“ stellen sich in den Hirsch-Dunckerischen Scharfmacherblättern immer dann ein, wenn sie und ihre Organisationen Verrat verübt haben. Doch der Regulator läßt den Pferdefuß zu sehr hervorstechen. Die Kniffhäuserhütte in Artern soll ein Hegeplatz für die Hirsche werden:

„Für unsere Mitglieder bestand keine Sperre, der Redaktion des Regulator ist eine solche nicht gemeldet worden, da man es auch selbstverständlich, dort, wo Arbeit vorhanden war, solche an unsere arbeitslosen Kollegen zu vermitteln.“

Ganz wie bei Hannau. Der Regulator wußte, daß in Artern seit längerer Zeit Differenzen bestehen! Wen glaubt er denn noch täuschen zu können? Wo Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes im Kampfe sich befinden, ist also den Hirsch-Dunckerischen bekannt jedes Mittel gerade gut genug! Doch dem Regulator genügt es nicht, die Verräterei zu „rechtfertigen“, er verleumdet zugleich die Metallarbeiter-Zeitung, der er unterstellt, sie habe auch Streikbrechergesuche gebracht. In diesem Falle macht der Regulator eine Anleihe bei seinem Düsselborfer nun so wohl geratene Bruder, dem Gewerkschaftsbund. Dieses „Reformer“blatt entblödete sich nicht, in Nr. 50 folgendes zu bringen:

„Sucht die Metallarbeiter-Zeitung Streikbrecher? Eine Anfrage nur an R. Sp., oder J. Scherm, oder auch Alexander Schlichte. In Berlin stehen Gürtler und Drücker in Streit. Die Leute sind meist Metallarbeiterverbändler. In Lippstadt ist auch eine Fabrik, die eine Anzahl Gürtler beschäftigt und jetzt plötzlich soviel Arbeit hat, wie nie um diese Zeit. Unsere Leute bemühen sich schon seit längerem festzustellen, ob die großen Aufträge etwa eine Folge des Berliner Gürtlerstreiks sind. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür. Trozdem das dem Metallarbeiter-Verband nicht unbekannt sein kann, enthält Nr. 49 der Metallarbeiter-Zeitung folgendes Streikbrechergesuch:

Mehrere tüchtige Metallbräcker

finden bei uns sofort dauernde Beschäftigung. Westfäl. Metallindustrie, A.-G., Lippstadt i. W.

Es scheint also, die Metallarbeiter-Zeitung sucht Streikbrecher gegen die eigenen Mitglieder. Der Vorwärts urteilt über solche Dinge ganz richtig wie folgt in Nr. 255:

„Wenn man in der liberalen Kapitalklassenpresse, die ja struppellos lediglich den Erwerbszwecken ihres Besitzers zu dienen hat, solche Streikbrecherinstitute findet, so erklärt dies immerhin der Erwerbszweck des Herausgebers. Wenn aber das offizielle Organ einer Arbeiterorganisation an der Vernichtung des Koalitionsrechts durch Streikbrecherinstitute mitarbeitet, dann beweist das außer dem Mangel der Moral auch das Fehlen jedes Verständnisses für die eigenen Klasseninteressen.“

Das Urteil des Vorwärts ist zweifellos richtig, aber über wen ist es von ihm gefällt worden? Über die Hirsch-Dunckerische Verräterei, über den Regulator! Die Art, wie der Gewerkschaftsbund und der Regulator dieses Urteil des Vorwärts ihren Lesern als gegen die Metallarbeiter-Zeitung gerichtet vorzutäuschen sich erdreisten, ist schon ein Stück höherer Taktlosigkeit! Das Düsselborfer Papier weiß gar nichts, spricht selbst nur von Wahrscheinlichkeit und erreicht sich doch, auf die Metallarbeiterzeitung das Bist des Vorwärts anzuwenden. Und tüchtig und frech, folgert der Gewerkschaftsbund: „Es scheint also, die Metallarbeiter-Zeitung sucht Streikbrecher gegen die eigenen Mitglieder.“ Die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes werden verdächtigt, wesentlich Streikarbeit für Berlin zu machen. „Natürlich“ sind die „besorgten Hirsche“ — die auch „Streikarbeit“ machen! — bemüht, herauszubekommen, ob die Aufträge des Berliner Gürtlerstreiks sind.

Herr Erkelenz, wir möchten nur, daß, wenn Ihre Leute etwas „feststellen“, sie auch die Konsequenzen ziehen würden! Doch da verläßt unser Glaube. — Aus der Notiz des Gewerkschaftsbundes kann man aber ersehen, daß es mit dem Blatte im Galopp abwärts geht. Hoffentlich folgt seiner neuesten Bravourleistung bald die verdiente Belohnung: zu der bereits erhaltenen längenden Anerkennung durch die 300 Mk Subvention nachträglich das so heiß ersehnte Hochzeitsgeschenk in Form eines Mitgliedsbuches des Gewerkschaftsbundes der Maschinenbau- und Metallarbeiter!

Wie liegt die Sache in Lippstadt? Als unser Verlag das in Rede stehende Institut aufnahm, war ihm bekannt, daß auf dem Werke keinerlei Differenzen vorliegen. Hätten solche bestanden, so würde er im Gegenfall zu den Hirsch-Dunckerischen Blättern die Aufnahme verweigert haben. Wir haben nach Erreichen der Notiz in dem Düsselborfer Blatte bei dem Bevollmächtigten des Metallarbeiter-Verbandes in Lippstadt noch spezielle Erkundigungen eingezogen. Die Antwort lautet, daß auf dem Werke keine Streikarbeit gemacht wird. Die Behauptung des Gewerkschaftsbundes sei aus der Luft gegriffen. Er habe den Schriftführer der Hirsch-Dunckerischen darüber zur Rede gestellt, worauf dieser erwidert habe, daß er „sofort“ an den Gewerkschaftsbund geschrieben, er solle widerrufen, da es nicht „an dem wäre“. Auf dem Werke seien 40 Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes und circa 25 Hirsch-Dunckerische beschäftigt. — Aus einer weiteren Zuschrift, die wir unten wiedergeben, ist zu ersehen, welcher Art die Arbeit ist, die in Lippstadt hergestellt wird.

Bemerkenswert ist gemäß die Beforgnis des Regulator wegen der in der Provinz hergestellten Streikarbeit. Er schreibt in seiner Nr. 51:

„Seit 12 Wochen liegen die Gürtler und Drücker in Berlin in einem schweren Kampf um Anerkennung des Tarif. Viele Tausende von Mann werden allwöchentlich für Unterstützung gegahlt, und das Ende des Kampfes ist, da viele Arbeiten in den Provinzen fertiggestellt werden, heute noch nicht abzusehen. Alle Streikproben wüthen von den vielen Kisten zu erzählen, die Medelle, Druckunter u. s. w. enthalten, nach der Bahn geschafft werden, um als fertige Ware wieder zurückzukommen, aber trotzdem verdächtig die Metallarbeiter-Zeitung in Nr. 49 folgendes Streikbrechergesuch: (folgt das Inserat und unmittelbar darauf das Urteil des Vorwärts über den — Regulator!)

Der Regulator macht nicht einmal den Versuch, zu beweisen, daß in Lippstadt Streikarbeit gemacht wird. Trotzdem verurteilt er die Metallarbeiter-Zeitung, und dieser selbe Regulator, der diese Nichtswürdigkeiten an uns verübt, nimmt Streikbrechergesuche auf und ändert die Maßregelung von Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes vollkommen in Ordnung! Die deutsche Sprache ist zu arm, dieses schamlose Benehmen des Regulator gebührend zu kennzeichnen.

Da aber die Hirsch-Dunckerischen Papiere so „besorgt“ darum sind, daß in der Provinz keine Berliner Streikarbeit angefertigt wird, so empfehlen wir ihnen, sich einmal danach zu erkundigen.

für wen die Kronen bestimmt sind, die in Wibernach a. d. Riß in Württemberg bei der Firma Schlegel von den Hirsch-Dunckerianern angefertigt werden. Da Wibernach ein Hauptplatz der Gewerkschaft ist, und diese mit den dortigen Fabrikanten in „harmonischen“ Verhältnissen leben, muß es ihnen ein Leichtes sein, darüber Nachsetz zu schaffen!

Die oben erwähnte Zuschrift über Lippstadt lautet:
An den Gewerkschaftsbund.

„Miß nicht den Nächsten nach dem eigenen Maß.“ Dies sollte sich der Gültende — garbon Gewerkschaftsbund ins Stammbuch schreiben. Im Laufe dieses Jahres ist den Gewerksvereiner mehrmals nachgewiesen worden, daß sie Streikbrecher geliefert haben, in letzter Zeit in Hannau, auf der Kniffhäuserhütte in Artern. Diese Fälle konnten nicht als „olke Ramellen“ bezeichnet werden. Ja, der Gewerkschaftsbund hat in der Nr. 24 Seite 135, Nr. 32 Seite 190, Nr. 26 Seite 152, Nr. 25 Seite 149 und 150, Nr. 29 Seite 173, selbst gegen das Streikbrecherthum in den Gewerksvereiner gewettert. Vor kurzem schrieb anlässlich des Streikbruchs eines ganzen Ortsvereins (mit Ausnahme eines Mitglieds) in Leverkufen der Deutsche Metallarbeiter (christliches Organ): „Diese arme Hirsch-Dunckerische Gesellschaft“ u. s. w. In demselben Organ wurde festgestellt, daß in Gredendrecht der zweite Vorkühnde des dortigen Ortsvereins der erste Streikbrecher war. Weil nun festgenagelt wurde, daß die Hirsch-Dunckerischen in Hannau und Artern Streikbrecher vermittelte, ist die Redaktion des Gewerkschaftsbundes aus dem Häuschen geraten. Anton Sumit, Anton Grübel, was nun machen? Nachdem der Gewerkschaftsbund als freies Organ „denn vom weißen Hirschen“ anerkannt worden ist und 300 Mk. als Unterstützung erhalten hat, darf er auch nicht mehr gegen derartige Praktiken schreiben, wie im Jahre 1903. Da aber Tatsachen nicht aus der Welt zu schaffen sind, so denkt Anton an „Kompensieren“.

Ein Komitee in der Metallarbeiter-Zeitung, durch das Drücker gesucht werden, hat es ihm angetan, gierig fällt er über den „Brodens“ her und richtet eine Anfrage an „R. Sp., oder Scherm, oder auch an A. Schlichte“, ob nicht etwa die Aufträge auf der Westfälischen Metallindustrie in Lippstadt, eine Folge des Berliner Gürtler- und Drückerstreiks sind. Man könnte sich wundern über die Naivität des Gewerkschaftsbundes, wenn er nicht die Absicht der Verleumdung hätte. Wenn die „Leute“ der Gewerksvereiner sich bemüht haben festzustellen, ob in Lippstadt Streikarbeit gemacht werde, so können einem die Leute nur leid tun, weil sie genau wissen müssen, daß die Metallarbeiter, die Wagenfahr radlaternen machen, in Berlin nicht streiken, und daß jedes Jahr um diese Zeit in der Laternenbranche die Notzeit ist. Zur Verhöhnung wollen wir noch mitteilen, daß die Drücker in Lippstadt sämtlich bei uns organisiert sind, und genau wissen, daß die Sachen, die gemacht werden, auch jorkland dort von den Drücker hergestelt wurden, ehe der Kampf in Berlin ausbrach. Obwohl der Amateurgärtler Anton diesen Berufszeug nicht kennt, fabuliert er ins Blaue hinein und verleumdet. Wir haben genau nachgeprüft, ob dort Arbeit angefertigt wird. Die in irgend einer Weise für Berlin in Frage kommen kann. Die Metallarbeiter-Zeitung und der Metallarbeiter-Verband vermitteln nicht Streikbrecher, wie der Gewerkschaftsbund (Mischlich) und der Regulator für Hannau und die Kniffhäuserhütte in Artern getan hat. Wenn sich der Gewerkschaftsbund auf den Vorwärts Nr. 255 beruft, so mag er das dort geschriebene nur für sich und sein Gefinnungsorgan in Anspruch nehmen und auch die Leiter des Gewerkschaftsbundes der Maschinenbauer mögen es sich hinter die Ohren schreiben. Von der „Anfrage“ gilt also: Wenn es nicht wahr ist, so ist es doch sehr gut erunden.

Aber eines möchten wir dem Anton noch mit auf dem Weg geben. Merkwürdig berührt es doch, wenn er sich heute so für den Kampf der Berliner Kollegen und die Abwehr der Streikarbeit interessiert. Schreibt er doch in Nr. 48 seines Blattes vom 25. November, als ob der Kampf bereits „beendet werden müßte“, vom „Nackzug des Berliner Metallarbeiter-Verbandes“, von „privaten Geprüchen“, nach denen man sich für einen günstigen Verlauf des Kampfes nichts mehr verpicht. Daß derartige Notizen in einem „Arbeiter“organ erscheinen zu einer Zeit, wo die Arbeiter noch im Kampfe stehen und in großen Versammlungen beschließen, den Kampf weiterzuführen, läßt zu deutlich erkennen, daß bei Anton der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Das kennzeichnet auch das ganze Gebahren der Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereiner als elendes Skomödienpiel. R. Sp.

Die Lohnbewegung in der Berliner Gelbmetailindustrie.

Bekanntlich brachte die Arbeitgeberzeitung in ihrer vorletzten Nummer einen angeblichen Brief eines Berliner Metallkonventfabrikanten zum Abdruck, der „nachweislich“ wollte, daß die Gelbmetailindustrie im Gegenfall zu früher jetzt gänzlich ohne gelehrte Arbeiter fertig werden könne; die Weiterführung des Streiks mithin nutzlos sei. Die Streikenden und Ausgesperrten nahmen diesen „naßen“ Erguß damals mit ungeteilter Heiterkeit auf. Jetzt faßelt die Arbeitgeberzeitung nun von einem wahren „Entsetzen“, das jener Brief unter den Arbeiterführern hervorgerufen haben soll. Wie groß dieses „Entsetzen“ in Wirklichkeit gewesen ist, erweist man am besten aus dem Verhalten der Streikversammlung am 12. Dezember. Die Arbeitgeberzeitung richtet nämlich die Aufforderung an die Streikleitung, ihre Antwort auf die Frage, warum denn die Fabrikanten so eifrig gelehrte Arbeitswillige suchen, wenn sie angeblich mit ungelerten Arbeitern die Produktion betreiben können, auch „unverkürzt“ wiederzugeben. Dies geschah nun durch vollständige Verlesung des ganzen Antwortartikels, in dem es in gepeperten Sätzen selbstermächtig heißt:

„Die Arbeitgeber suchen noch weitere Arbeitswillige, weil sie es halt haben, sich ferner mit Elementen herumzuschlagen, die bei ihnen Jahrzehnte hindurch in gutem Lohn und Brot gelanden haben und heute dafür mit widerlichem Unmut quittieren. Darum werden Arbeitswillige noch immer gesucht, weil der größte Teil der jetzt streikenden Metallarbeiter nicht wieder eingestellt werden soll. Kaum die Hälfte, wahrscheinlich nur ein Drittel der gegenwärtig im Zustand Befindlichen werden, wie wir aus besten Informationen zu melden in der Lage sind, wieder an ihre Arbeitsplatz zurückzuführen können; die Situation verschlechtert sich aber für die Streikenden von Tag zu Tag.“

Wahrscheinlich haben die Fabrikanten geglaubt, daß, wenn schon der vorerwähnte „Brief“ jenes angeblichen Arbeitgebers solch starkes „Entsetzen“ bei der Streikleitung hervorgerufen hat, bei der Verlesung dieser Antwort jetzt die Streikenden und Ausgesperrten in helleren Laufen aus dem Saale laufen und sich de- und wehmütig den Fabrikanten wieder anbieten würden, um nur noch um Gottes willen wenigstens zu der glücklichen Hälfte respektive dem Drittel zu gehören, das eventuell noch Gnade vor dem Angesicht der gestrenge Fabrikanten finden soll. Gätten die Herren Industriellen aber jehen können, mit welchem geradezu homerischen Gelächter diese „Antwort“ der Arbeitgeberzeitung aufgenommen wurde, dann würden sie in Zukunft wohl darauf verzichten, in ihrem Organ ähnliche Räuber-geschichten zu erzählen; denn es glaubt den Sumus ja doch kein Meines. Man erinnere sich: voriges Mal hieß es, die Fabrikanten würden überhaupt keine gelehrten Arbeiter mehr einstellen, weil die ungelerten Arbeitswilligen bei ungeeigter billigerer Bezahlung qualitativ mindestens dasselbe, quantitativ aber bedeutend mehr leisten wie die gelehrten. Jetzt aber schränkt man sich schon etwas ein; nicht allen gelehrten Arbeitern will man die Löhre verschließen, sondern nur noch der Hälfte oder zwei Dritteln. Wahrscheinlich aber werden die Herren mit beiden Händen zulangen, wenn sie ihre alten gelehrten Arbeiter nur erst wieder bekommen könnten. Die Streikenden und Ausgesperrten richten sich gegenwärtig in aller Ruhe und Gemütlichkeit darauf ein, das kommende Weihnachtsfest auch einmal in voller Unabhängigkeit von den Fabrikanten zu feiern und überlassen es letzteren, in ihrem bornierten Herrenstandpunkt so lange zu verharren, bis sie endlich zu einer vernünftigen Verständigung bereit sein werden. Solange die Arbeitgeber freilich noch auf dem vorfindenstandlichen Standpunkt stehen, die Arbeiter seien

Ihnen obendrein zu untertänigstem Dank dafür verpflichtet, daß sie von ihnen jahrzehntelang ausgebeutet und dann nach Belieben ausgeperlt wurden, solange dürfte ein ehelicher Friede wohl nicht zustande kommen.

Die Versammlungen der Streikenden und Ausgesperrten stehen mehr und mehr unter dem Eindruck des nahenden Weihnachtsestes. Sowohl von der Gewerkschaftskommission als auch von der Streikleitung werden mit geschäftiger Emsigkeit die nötigen Vorbereitungen getroffen, um Eltern und Kindern eine gemeinschaftliche Weihnachtsfreude zu bereiten.

Zugang von Berlin ist unter allen Umständen streng fernzuhalten, von den Repräsentanten der Agenten der Kühnemannier ist sofort an die Verbandsstellen zu berichten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 25. Dezember der 53. Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. bis 31. Dezember 1904 fällig ist.

Bezüglich der im Jahre 1904 zu Ende gehenden Mitgliedsbücher sowie der Neuwahl der Ortsverwaltungen verweisen wir auf die Vorstandsbekanntmachung in Nr. 50 dieser Zeitung.

Flüchtiglich der

Arbeitslosenstatistik

ersuchen wir alle arbeitslosen Mitglieder am Orte, auch die, welche noch nicht unterstützungsberechtigt sind, sich stets bei den örtlichen Verbandsstellen zu melden.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Kammstatt die Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrags von 10 Pf. pro Mitglied ab 1. Januar 1905 auf die Dauer von mindestens 9 Wochen.

Den Verwaltungsstellen in Gera, Krefeld und Offenbach a. M. die Erhebung einer wöchentlichen Extrasteuer von 5 Pf. pro Mitglied. Der Verwaltungsstelle in Lauf i. Bayern die Erhebung einer monatlichen Extrasteuer von 10 Pf. pro Mitglied.

Der Verwaltungsstelle in Pforsheim die Erhebung einer einmaligen Extrasteuer von 40 Pf. pro Mitglied zugunsten der streikenden Mitglieder in Durlach-Karlsruhe.

Für den dritten Agitationsbezirk mit dem Sitz in Berlin soll an Stelle des zurückgetretenen Kollegen Cohen ein

Bezirksleiter,

und für den fünften Agitationsbezirk mit dem Sitz in Halle a. S. ein

zweiter Bezirksleiter

angestellt werden. Diese Stellen werden hiermit zur allgemeinen Bewerbung ausgeschrieben.

Die definitive Anstellung erfolgt nach einjähriger Tätigkeit und beträgt der Gehalt für das erste Jahr 1920 Mk., steigt jedoch mit der Zeit auf 2020 Mk. Aus den Bewerbungen muß das Alter und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ersichtlich sein. Zugelassen sind nur Verbandsmitglieder.

Da nach § 18 Abs. 3 des Statuts die von den Prüfungskommissionen gewählten Bewerber eine Probearbeit einzureichen haben, empfehlen die Kommissionen zur Vereinfachung der Prüfung, daß Bewerber gleich mit ihrer Bewerbung diese Probearbeit einreichen. Der Vorstand unterstützt diese Anregungen der Kommissionen entschieden und ersucht die etwaigen Bewerber, dieser Anregung Folge zu geben. Als Thema für diese Probearbeit ist gestellt:

„Die Aufgaben des Bezirksleiters.“

Einige Bewerbungen sind mit der Probearbeit über das obige Thema in geschlossenem Briefumschlag, mit der Aufschrift „Bezirksleiter“ versehen, bis spätestens zum 6. Januar 1905 an die nachstehenden Adressen zu richten:

- Für den dritten Agitationsbezirk: Gustav Brachwitz, Brandenburg, Godesstr. 10. Für den fünften Agitationsbezirk: Otto Thebes, Jena, Jakobstr. 13.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 3a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg: Der Dachdecker und Klempner Friedrich Soldt, geb. am 2. November 1878 zu Goldenstedt, wegen Streichbruchs.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kammstatt: Der Flaschner Heinrich Dudenwadel, geb. am 1. Febr. 1870 zu Dörsel, Buch-Nr. 436 734;

der Flaschner Georg Hildebrand, geb. am 21. Septbr. 1860 zu Diepold, Buch-Nr. 734 161;

der Flaschner Adolf Schrempf, geb. am 2. August 1872 zu Kammstatt, Buch-Nr. 734 186;

der Flaschner August Streib, geb. am 1. September 1867 zu Eintracht, Buch-Nr. 711 340;

der Flaschner Adolf Bederken, geb. am 27. Januar 1862 zu Weilingen, Buch-Nr. 734 133;

der Metallarbeiter Gustav Kurke, geb. am 12. Novbr. 1877 zu Göttingen, Buch-Nr. 392 326;

der Metallarbeiter Karl Kempel, geb. am 20. März 1876 zu Neu-York, Buch-Nr. 743 134;

der Bohrer Gottlieb Widmann, geb. am 25. Oktober 1866 zu Göttingen, Buch-Nr. 124 709;

der Schlosser Karl Haas, geb. am 27. Dezember 1873, Buch-Nr. 602 276;

der Schleifer Karl Lambert, geb. am 25. Mai 1876 zu Neu-York, Buch-Nr. 305 664;

der Schleifer Karl Sippz, geb. am 8. Juni 1867 zu Jützingen, Buch-Nr. 124 705;

der Schleifer Eugen Mänderle, geb. am 1. Oktober 1872 zu Göttingen, Buch-Nr. 702 340;

der Schleifer Martin Rint, geb. am 26. Dezember 1866 zu Akerach, Buch-Nr. 124 704, sämtliche wegen Streichbruchs.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schwabach (Sektion der Aluminiumschläger):

Der Aluminiumschläger Georg Diepel, geb. am 9. August 1876 zu Schwabach, Buch-Nr. 307 318, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Weiskau: Der Formner Emil Köhler, geb. am 29. September 1873 zu Weiskau, Buch-Nr. 659 238, wegen Streichbruchs.

Auf Antrag des Bezirksleiters Schlegel in Breslau: Der Schlosser August Schneider, geb. am 2. März 1871 zu Dolzig, Buch-Nr. 633 953, wegen Fälschung des Mitgliedsbuchs und Betrugsversuch.

Nicht wieder aufgenommen werden dürfen:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kammstatt:

Der Flaschner Karl Strähle, geb. am 28. September 1864 zu Weiskau;

der Flaschner Karl Baumann, geb. am 5. Juni 1867 zu Weiskau, Buch-Nr. 330 038;

der Gürtler Robert Vent, geb. am 12. Juni 1881 zu Schmid; der Gürtler Karl Jaifer, geb. am 26. Juni 1871 zu Schmid; der Metallarbeiter Friedrich Schlichenmaier, geb. am 22. Mai 1872 zu Kammstatt, sämtliche wegen Streichbruchs.

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Freiberg i. S.:

Der Schlosser Otto Burthardt, geb. am 11. Juli 1879 zu Friedeburg, wegen Betrug.

Megen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend angeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Dem Dreher Reinhold Walter Dittel, geb. am 17. Juni 1897 zu Kleinischner, Buch-Nr. 633 465, auf einen von der Verwaltungsstelle in Schönbeck gestellten Antrag, wegen Logis-schwindel und Schädigung des Verbandes.

Zur besonderen Beachtung für die Geldsünder.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß Absender von Postanweisungen auf den Abschnitt derselben, anstatt den Namen und die nähere Adresse anzugeben, nur den Verbandsstempel ausdrücken oder als Absender „Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Soundso“ hinschreiben. Wir empfehlen den Ortskassierern dringend, dies in Zukunft zu vermeiden und stets den Namen, die Straße und Hausnummer auf den Postanweisungsausschnitten anzugeben, weil bei irgend welchen Formfehlern, die vom Absender selbst oder von den Postbeamten gemacht sein können, der Absender des Geldes auf solche Weise gar nicht oder nur sehr schwer zu ermitteln ist. Es entsteht dadurch die Gefahr, daß das Geld verloren gehen kann.

Verichtigung. Zur Quittung in Nr. 50 ist nachzutragen, daß von der Verwaltungsstelle Paderborn 120 Mk. eingekandt worden sind.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Körnerstraße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten:

- von Drechern, Formnern und Schlossern nach Macher (Elektrizitätswerk) D.; nach Bamberg (Gebrüder Langhammer) M.; nach Stettin (Stöwer) St.; von Formnern und Eisengießereiarbeitern nach Bremerhaven-Gesefemünde v. St.; nach Forst (H. Marder) St.; nach Solingen (Boob, Inhaber Stöcker); von Gürtlern, Brüdern, Schleifern, Weizern, Drechern und Metallformern nach Berlin; nach Erfurt; von Partnern nach Wald (Gm); von Klempnern und Installateuren nach München (Luzische Industriewerke, Gasmassefabrik) St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Bielefeld (Lohmann Fahrradlaternenfabrik) St.; nach Brandenburg (Wasmuth & Eijnenmeier) A.; nach Dessau (Waggonfabrik) A.; nach Kammstatt (Metallwarenfabrik Weisenburger & Co., Lande & Gupmann, Knecht & Co., Fr. Haaga) St.; nach Mühlhausen i. Th. (Walter & Co.) M.; nach Nürnberg (Optisch-mechanische Spielwarenfabrik von E. Pfanz) M.; nach Stettin (Stöwer) D.; von Metallgießern nach Eberswalde (Lunig) St.; von Montateuren nach Köln a. Rh. (Helios) St.; von Schlägerarbeitern nach Solingen (Emil Dölsner) D.; von Schleifern und Polierern nach Durlach (Grisner) St.; nach Göttingen; nach Karlsruhe St.; nach Belbert (Schloßfabrik G. Jandl) St. (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L. Lohnbewegung; A. Ausperrung; D. Differenzen; M. Maßregelung; W. Wisaunde; R. Lohn- oder Akord-Reduktion; F. Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich nicht zuerst bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Aus den Agitationsbezirken.

V. Bezirk.

Halle a. S. Am Sonntag den 11. Dezember fand hier eine Konferenz des fünften Bezirkes statt. Anwesend waren 94 Delegierte aus 14 Orten, ferner der Bezirksleiter C. Böß, die Bezirkskommission aus Magdeburg, vom Hauptvorstand der Kollege Massafisch, von Hannover der Kollege Jenzke. Als Vorsitzende wurden gewählt Brandes-Magdeburg, Greiner-Nückerleben, als Schriftführer Schützle-Schönningen, Jener und Senae-Galle. Zum ersten Punkt: Anstellung eines zweiten Bezirksleiters, wies Kollege Massafisch nach, wie notwendig es sei, daß ein weiterer Bezirksleiter angestellt werde, da ein Mann die Arbeit unmöglich bewältigen könne. Von einer Teilung des Bezirkes sei aber abzurata, da dadurch die Kosten nicht kleiner, sondern eher größer würden. Weiter sei ein planmäßiges Arbeiten zu zweien besser durchführbar. Er ist gegen den Antrag Erfurt, der bejagt: „Der Bezirk zu teilen und für Thüringen einen Bezirksleiter mit dem Sitz in Erfurt anzustellen.“ Weiter wandte er sich gegen den Antrag Uredlingen, den Verwaltungsstellen 30 Prozent zu überweisen. Die 10 Prozent, die mehr gewährt werden sollen, würden bedeutend mehr ansmachen als was ein tüchtiger, brauchbarer Kollege des Bezirksleiters koste.

Schiller-Erfurt, Schwab-Waltershausen und Rath-Roburg führen Gründe an, daß es notwendig sei, Thüringen von dem Bezirk zu trennen und einen besonderen Bezirk aus Thüringen mit dem Sitz in Erfurt zu bilden, nur dadurch könne erwartet werden, daß die Organisation in Thüringen mehr Fortschritte mache als bisher. Leber-Jena begründete den Antrag Erfurt, den Bezirk zu teilen. Auch ohne Teilung des Bezirkes sei zu empfehlen, den Sitz nach Erfurt zu verlegen. Meyer-Harzgerode sprach sich für unbedingte Weibehaltung des Sitzes in Halle aus, ein zweiter Bezirksleiter sei notwendig. Springer-Gotha: Er sei jetzt überzeugt, daß es besser sei, der Bezirk bleibe beisammen. Bernier-Luedlinburg verteidigt den Antrag, den Verwaltungsstellen 30 Prozent der Einnahme zu überlassen und begründet den Antrag damit: Seitdem Bezirksleiter angestellt seien, würde wenig oder gar nichts für außerordentliche Agitation vom Hauptvorstand bewilligt. Fröhlich-Braunschweig wünscht, daß die Bezirke verkleinert werden, hält aber dafür, daß der Sitz des Bezirksleiters am besten an einem Orte ist, wo bereits ein besoldeter Geschäftsführer vorhanden ist. Jener-Magdeburg trat für Weibehaltung des jetzigen Bezirkes ein, eine Teilung würde schädlich sein. Hierauf erfolgte die Annahme des folgenden Antrags:

Die Konferenz erkennt die Notwendigkeit der Anstellung eines zweiten Bezirksleiters an und wählt eine Kommission zur Ausschreibung der Stelle und Prüfung der einlaufenden Bewerbungsschreiben.

Für diesen Antrag stimmten 48 Delegierte mit 15014 vertretenen Mitgliedern, für Teilung des Bezirkes 35 Delegierte mit 6007 vertretenen Mitgliedern. Zu die Prüfungskommission wurden gewählt: Brandes-Magdeburg, Greiner-Nückerleben, Christian-Dessau, Greul-Erfurt, Tebus-Jena. Weiter wurde zu diesem Punkte der Tagesordnung der von der Bezirkskommission und den Delegierten Magdeburgs gestellte Antrag angenommen: „Die Konferenz des fünften Bezirkes beschließt: Der Gauleiter hat in Zukunft streng nach dem Statut § 18 Abs. 2 zu handeln, das heißt in regelmäßigen, mindestens einmal monatlich stattfindenden Sitzungen den übrigen Mitgliedern der Gauleitung Bericht über seine Tätigkeit zu geben und mit diesen zu beraten, welche weiteren Arbeiten in Angriff zu nehmen sind. In diesen Sitzungen hat der Kassier der Kommission, auf welchen die gesamten Kassengeschäfte übergehen, Rechnung zu legen. Zur leichteren Kontrolle der Ausgaben hat der Gauleiter Formulare zu benutzen.“

Zum zweiten Punkte: „Stellungnahme zum weiteren Ausbau des Unterstützungswezens im Verband“ referierte Kollege Massafisch. Er erklärte eingehend die Vorstandsprotokolle. An der Debatte für die Vorlage beteiligten sich Hänßen-Magdeburg, Greiner-Nückerleben, Leber-Jena, Neumann-Bitterfeld. Letzterer ist dafür, daß die sechsstündige Kurrenzeit abgelehnt wird; wenn diese beibehalten werde, könne leicht die ganze Vorlage scheitern. Fröhlich-Braunschweig ist nicht für die Vorlage. Müller-Hannover ist ebenfalls dagegen. Die Mitglieder der Krankenkasse schneiden besser ab. Auch sei das Ergebnis nicht so günstig, wie es der Vorstand ausgerechnet habe. Er sei aber dafür, daß der Beitrag auf 50 Pf. erhöht werde. Nachdem noch mehrere Redner sich für und gegen die Vorlage ausgesprochen hatten, erfolgte die Annahme folgender Resolution mit 67 gegen 6 Stimmen:

Die Konferenz erklärt sich im Prinzip mit der Vorlage des Vorstandes einverstanden. Sie erwartet, daß die Wochenbeiträge von 40 Pf. auf 50 Pf. erhöht werden und dafür als Äquivalent eine Erwerbslosenunterstützung eingeführt wird, gibt aber zu erkennen, daß zweckmäßige Änderungen von der Generalversammlung vorgenommen werden können.

Danach wurden verschiedene Anträge, die sich auf den Ausbau des Unterstützungswezens bezogen, erledigt.

Aber den nächsten Gewerkschaftskongress referierte Kollege Böß, der nach kurzer Diskussion als Delegierter gewählt wurde.

Punkt vier: „Anträge und diverse Angelegenheiten.“ Von Halle war ein Antrag eingegangen, der bejagt: „Die Konferenz möge Stellung nehmen zu der Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 40 des Verbandsorgans bezüglich Zahlung des 53. Wochenbeitrags.“ Kollege Steuer-Halle begründete den Antrag, der auf Nichterhebung des Beitrags abzielte. Der Antrag wurde abgelehnt. Fröhlich-Braunschweig bringt einen Aufruf zur Verlesung, der vom Gewerkschaftsleiter Mühlhausen i. Th. an alle Arbeiterzeitungen gefandt wurde, in welchem für die noch ausgesperrten Metallarbeiter in Mühlhausen Unterstützung erbeten wird. Kollege Denner-Mühlhausen weist nach, daß der Kartellvorstand in Mühlhausen auf eigene Faust gehandelt hat; die Zentralleitung habe davon keine Kenntnis. Kollege Böß legt der Konferenz die ganze Sachlage von Mühlhausen klar. Der Bezirksleiter wird beauftragt, eine Erklärung in der sozialdemokratischen Parteipresse zu erlassen. — Hierauf Schluß der Konferenz um 7 Uhr abends.

VI. Bezirk.

Am Sonntag den 15. Januar 1905 findet für den sechsten Bezirk eine Bezirkskonferenz in Lütjes Gasthause zu Sauburg, Inhaber D. Springborn, Valentinstamp Nr. 42, statt.

Tagesordnung:

- 1. Stellungnahme zum nächsten Gewerkschaftskongress und Wahl eines Delegierten. Referent M. Gotthufen-Hamburg. 2. Stellungnahme zur Generalversammlung in Leipzig 1905. Referent: A. Schlicke-Stuttgart. 3. Bericht über die bisherige Tätigkeit im Bezirk. 4. Wahlen der Delegierten sind nach § 19 des Verbandsstatuts vorzunehmen. Das Resultat ist alsbald an untenstehende Adressen mitzuteilen. Mandatsformulare werden den Verwaltungsstellen in den nächsten Tagen zugehen. Die gewählten Delegierten ersuchen wir, uns mitzuteilen, wann sie in Hamburg eintreffen und ob sie Logis wünschen. Jeder Delegierte muß sich so einrichten, Sonntag den 15. Januar, morgens halb 10 Uhr, im Konferenzlokal zu sein. Anträge der Verwaltungsstellen müssen so bald an die Bezirksleitung gelangen, daß ihre Verlesung noch möglich ist.

Die Bezirksleitung: F. A. W. Gotthufen, Hamburg 30, Götterstr. 74, 3.

IX. Bezirk.

Karlsruhe, 15. Dezember. Die Konferenz des neunten Bezirkes faßte mit 66 gegen 2 Stimmen eine Resolution, nach der die Vorschläge des Vorstandes zum Ausbau des Unterstützungswezens bekräftigt werden und von der Generalversammlung erwartet wird, daß dieselbe unter genauer Prüfung der einzelnen Paragraphen eine den verschiedenen Wünschen der Mitglieder möglichst Rechnung tragende Änderung unserer Statuten im vorgezeichneten Sinne vornimmt. Desgleichen verpflichteten sich die Delegierten, in den Ortsverwaltungen auf das Nachdrücklichste für den Ausbau des Unterstützungswezens im vorgezeichneten Sinne einzutreten. Näherer Bericht folgt.

X. Bezirk.

Am Sonntag den 8. Januar 1905 findet für den zehnten Bezirk eine Bezirkskonferenz in Regensburg, Restaurant Metropol, Engelsburgstraße, statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Agitation und Organisation im zehnten Bezirk; 2. Stellungnahme zur nächsten Generalversammlung; 3. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress und Wahl eines Delegierten; 4. Erledigung sonstiger Anträge.

Die Delegiertenwahlen sind nach § 19 Abs. 3 vorzunehmen. Die Mandatsformulare sind den Verwaltungen schon zugegangen. Das Resultat der Wahlen ist umgehend dem Unterzeichneten mitzuteilen.

Die Bezirksleitung. S. U.: Karl Gshner. Der Obige.

NB. Vom 1. Januar 1905 an befindet sich mein Bureau Zuhlfraße 29, 1. r. (Telephon-Nr. 818).

Korrespondenzen.

Formen.

Münberg. Am 4. Dezember vormittags wurde im Wilden Mann eine allgemeine Versammlung der Formen, Kernmacher und Hilfsarbeiter einberufen. Kollege Schmuider referierte über die Mißstände in den hiesigen Gießereien. Redner führte aus, daß die Mißstände durch die Uneinigkeit der Kollegen herbeigeführt wurden und nur wieder durch stramme Einigkeit beseitigt werden können. Durch die Uneinigkeit ist sogar der Schiedsspruch von 1894, der noch zu Recht besteht, von den Unternehmern durchbrochen worden. Der Schiedsspruch lautet, daß jeder Mehrverdienst ausbezahlt werden muß, auch bei Ausschublag, bei dem nicht Bösartigkeit nachgewiesen werden kann, der Taglohn ausbezahlt werden. Die Entlohnung der Formen mußte deshalb in folgender Weise stattfinden. Hat ein Formner in vier Tagen, bei einem Taglohn von 1 Mk., in Afford 20 Mk. verdient, also keinen Ausschub gemacht, in den folgenden zwei Tagen passiert ihm aber das Unglück, daß die Arbeit dieser zwei Tage ohne sein Verschulden Ausschub wird, so mußte für die hierfür aufgewendete Zeit laut Schiedsspruch der Taglohn, in diesem Falle 8 Mk., bezahlt werden. Der Formner hätte also für diese Woche 28 Mk. verdient. In Wirklichkeit bezahlen die Unternehmer wie folgt: Für die ersten vier Tage bei gleichem Lohne wie oben in Afford 20 Mk., für die weiteren zwei Tage nur noch das Fehlende auf den Wochenlohn, also 4 Mk. Die anderen 4 Mk. kann der betreffende Formner ans Bein schmirren. Nun sind aber die Unternehmer mit diesen unberechtigten Kürzungen noch nicht zufrieden, jetzt wollen sie noch den garantierten Tag- und Wochenlohn, der nach dem Schiedsspruch auszuzahlen werden muß, verweigern. So ist es vorgekommen, daß die Formen in verschiedenen Gießereien statt mit 21, 24 oder 26 Mk. mit 15, 18 oder 20 Mk. entlohnt wurden. Würden die Kollegen, statt daß sie sich persönlich aneinander reiben, sich der Organisation anschließen, dann würden sich die Herren solche Unverschämtheiten nicht erlauben. — Bei der Firma Kulf & Fried geschieht die Bezahlung auch nach Gutdünken. Bei Scharrer & Groß wollte man den Formnern Abzüge machen; durch die Einigkeit der Kollegen wurde dies aber vereitelt. Bei Reck existieren schlechte Affordpreise, deshalb kommt es öfters vor, daß die Formner nicht auf ihren Wochenlohn kommen. Bis Mai dieses Jahres wurde den Formnern, denen dies passierte, dieser Mindestverdienst ins Lohnbuch eingetragen. Hatten dann die Formner in verschiedenen Wochen 10 bis 30 Mk. minus gemacht, dann erhielten sie wieder bessere Arbeit, damit sie über ihren Wochenlohn verdienten. Dieser Überverdienst wurde dann wieder abgezogen. Die Ventilation und die Einrichtungen sind dajelbst auch die denkbar schlechtesten. Die Firma Garshaw ist eine Lohnbude. Der Gießmeister, der früher in der Organisation sehr tätig war, verzieht es meisterhaft, den Formnern nicht zuviel verdienen zu lassen. Obwohl er früher immer sagte, daß er ohne 5 Mk. Taglohn keine Familie nicht ernähren könnte, so bezahlte er doch keinem Formner, trotzdem mehrere dabei sind, die noch größere Familien haben als er, 5 Mk. Durch Überstunden müssen sich die Formner etwas hinaufarbeiten. Bei einer Arbeitszeit von 65 bis 70 Stunden können sie bei weitem nicht das verdienen, was der sehr humane Mann in 60 Stunden verdient hat. Die Behandlung ist geradezu erbärmlich zu nennen. Bei der Firma Berg in Mögeldorf kam man über die Ventilation nicht hinaus. Im Gegenteil, dort ist sie so reichlich vorhanden, daß die Arbeiter meistens über Rheumatismus klagen. Die anderen Verhältnisse wurden schon im Juli dieses Jahres in der Metallarbeiter-Zeitung gerügt. Die Kollegen dort sollten fest zusammenhalten, damit die Bestrebungen Bergs, den Horden einzuführen, scheitern. Die Firma Deder, die Freismacherbude am Dreieck, ist von allen die schlechteste. An der Hand vieler Lohnzettel geisterte der Referent die Bezahlung. Das Benehmen des Gießmeisters spottet aller Beschreibung. Der Mann, Hippel heißt er, verzieht sehr wenig von der Formerei. Hippel verdient seine noch im Besitz habende Stellung nur der Uneinigkeit der Kollegen. Obwohl schon in mehreren Werttarverfassungen die Mißstände kritisiert und die Kollegen aufgefordert wurden, sie zu beseitigen, so hatten sie für diese Ausschreißer nur jezt ein Rächeln. Die Firma Liedtke, früher Silbert, wurde vor einigen Wochen erst wieder eröffnet. Die Löhne sind dajelbst sehr niedrig gestellt, die Affordpreise aber noch niedriger. So ist es bisher selten einem Formner gelungen, seinen Wochenlohn von 18,50, 18, 19, 20, 20,40, 21,60 bis 24 Mk. zu verdienen. Weil die Formner ihren Wochenlohn bei angestrengter Affordarbeit nicht verdienen, so glauben sich die Firma oder dessen Buchhalter berechtigt, die Formner unter ihrem Wochenlohn nach Hause schicken zu dürfen. Auf erhobene Reklamation erklärte H. Liedtke, daß dies nur ein „Schiedsspruch“ für die Formner gewesen sein sollte, er versprach, in Zukunft nach dem Schiedsspruch zu handeln. Den Kollegen bei Schmuider, es sind deren 3, machte Redner den Vorschlag, sie sollten ihre Gehältsfragen aufgeben, damit die Verhältnisse nicht verschlechtert werden können. Die Helfirma Klett, jezt Maschinenbau-Aktionsgesellschaft Münberg, konnte man vor 1900 noch zu den besten Gießereien zählen. Auch diese Firma wurde im Juli dieses Jahres schon in der Metallarbeiter-Zeitung bekannt gegeben und trotzdem haben die Herren Direktoren Lippart und K. Oberbauer Hippel nicht dafür gesorgt, daß die schon damals gerügten und heute noch bestehenden Mißstände eingedämmt oder abgeklärt wurden. Im Gegenteil, Herr Lippart hilft noch dazu, die Sache zu verschlechtern. Er sagte einst zu den Formnern: „Wenn ihr glaubt, daß euch unrecht geschieht, dann kommt nur zu mir.“ Kommt aber ein Formner und beschwert sich über etwas, dann sagt er: „Ich muß die Angelegenheit erst mit den Meistern unteruchen und besprechen.“ Der Formner kann aber überzeugt sein, daß das Resultat nicht gütig für ihn ausfällt. Nur ein Beispiel: Ein Formner erhielt eine Arbeit, der Meister bietet ihm für das Stück 4,50 Mk. Der Formner erklärt, er könne es um diesen Preis nicht machen und beschwert sich deshalb bei Lippart. Dem Formner wurde erklärt, 4,50 Mk. sei noch zu viel, er bekomme jezt nur 4 Mk. Wenn Lippart so weiter macht, dann werden es sich die Arbeiter jezt rechtlich überlegen, ob sie ohne Beschwerde nicht weiter kommen. Die Schuld an solchen Ausgängen tragen aber immer die schneidigen Untermeister, der Obermeister und dann hauptsächlich der sehr erprobte Ingenieur Fichtner. Was dessen Fähigkeit anbelangt, so möchte man nach seinem Gebahren jaft glauben, er habe die Geisteskräfte und Antriebskraft mit dem größten Schöpfer sich angeeignet. Wenn dieser Herr aber der Firma den Schaden, der er verursacht, ersetzen müßte, dann würde es ihm schlimm ergehen. So läßt er einem Hilfsarbeiter, der 2,70 Taglohn hat, Stücke gerade klopfen. Das Quantum, das er täglich erledigt, kostet neu 1,50 Mk. Also muß die Firma 1,20 Mk. darauf bezahlen! Und dann kann man diese Stücke doch nicht gebrauchen. Braucht ein Formner Sandhasen, dann spricht er: „Stampens nur a weiß, auf morgen gibts wieder Hacken genug.“ Jezt soll er sogar herausbetommen haben, daß man mit glühenden Trichtern und Schlacken die Formen im Trocknen billiger trocknen kann als mit Koks! Viel halt der Mann auf das Wisstuchen und Luftabführen. Sind in einem Meierkasten 1000 Luftstücke, so ist es ihm lieber, als wenn er nur 999 zählen laßt. Er wipst sogar mit dem Manometer den Luftdruck von den Luftstücken. Ein wahres

Genie! Sein Hauptaugenmerk richtet er immer auf Affordreduzierungen. In diesem Punkte hat er schon sehr viel geleistet. Man kann ruhig behaupten, daß, seitdem Fichtner in dieser Gießerei sein Umwehen treibt, die Afforde um ein Drittel, teilweise um die Hälfte gelürzt wurden. Ein großer Ruhm für diesen Herrn und das ganze Werk! Der Schiedsspruch wurde in diesem Betrieb bis 1901 aufrecht erhalten, jezt ist es das Gegenteil. Den Formnern wurden schon Stücke von 150 Mk. und noch darüber abgezogen. Dies alles ist diesem praktischen, mit großer Kenntnissen ausgestatteten Ingenieur zuzuschreiben. — Um die Mißstände abzuschaffen, meinte Redner, sei eine straffe Organisation notwendig. Die Kollegen müßten immer so zahlreich in den Versammlungen erscheinen wie heute, damit die Unternehmer ersehen, daß sie es mit einer entschlossenen Masse zu tun haben. Im Verlauf der Debatte wurden noch mehrere Mißstände scharf kritisiert. In seinem Schlusswort meinte Redner, auch wir müßten die Taktik der Unternehmer, einig zusammen zu arbeiten, befolgen, damit wir in alternächster Zeit die Mißstände beseitigen können. Auch sprach Redner den Wunsch aus, jeder solle Agitator werden, damit wir in zwei Jahren wieder weitere 100000 Mitglieder für unsern Verband zu verzeichnen hätten. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute den 4. Dezember 1904 im Wilden Mann in Böhnd verammelten Formen, Kernmacher und Hilfsarbeiter nehmen Kenntnis von den Ausschreitungen der Referenten und versprechen, ganz in dessen Sinne zu handeln. Sie versprechen auch, nicht eher zu ruhen, bis der letzte der in den hiesigen Gießereien beschäftigten Formen, Kernmacher und Hilfsarbeiter organisiert ist, damit die bestehenden Mißstände in aller kürzester Zeit durch einigtes Zusammenarbeiten beseitigt werden können.“

Zeit. Eine recht eigenartige Fabrik und Eisengießerei ist die des Herrn Kunz in Ralsberg bei Zeitz. Besonders die Formen, die ja sowieso die Schmerzenskinder in der Eisenindustrie sind, haben da ein herrliches Eldorado. Löhne von 22 bis 50 Pf. sind eingeführt, zurzeit ist der Höchstlohn 42 Pf. Etliche Kollegen sind nun der Meinung, sich bei Herrn Kunz dadurch beliebt machen zu können, wenn sie zu allem Ja und Amen sagen was Herr Kunz für gut befindet. Einige nicht gelernte Formen, die sich auf einige unbedeutende Artikel eingearbeitet haben, sind es, die ihren Mitarbeitern und sich selbst das Leben in der Werkstatt verelken. Von Organisation wollen sie nichts wissen, sie leben für ihren Klimbimbverein und sie singen dort wohl noch eine Hymne zu Ehren dieser Fabrik. Wenn Herr Kunz zu der Ansicht gelangt, daß er zu hohe Löhne zahlt, dann lacht er Formen, Dreher oder sonstige Arbeiter, bestellt sie mehrere Male zu sich und sucht nun die aus, von denen er glaubt, daß sie gebulbige Schafe sind. Und wehe dem, der so unglücklich ist, den höchsten Stundenlohn erlangt zu haben, der wird dann fortwährend schikanieren bis er geht. Ein Dreher beschwerte sich über schlechtes Material, er verließ die Fabrik nach längerer Tätigkeit freiwillig, weil keine Abhilfe geschaffen wurde. Zurzeit muß ein Dreher zwei Drehbänke bedienen. Ein Formner, der sich nur kurze Zeit dort aufhielt, erhielt einen Stundenlohn von 33 Pf.; er wurde bei Herrn Kunz um Lohnerhöhung vorstellig. Kunz meinte: „Wir müssen uns nach den Verhältnissen richten, wie sie in Ralsberg bestehen, denn wir sind hier auf dem Dorfe.“ Als der Kollege später seine Kündigung einreichte, wollte Herr Kunz 35 Pf. zahlen. Der Kollege zog es aber vor, die Bude zu verlassen. Einmal Tages stellte Herr Kunz das Ansuchen an einen Formner, sich in die Arbeit eines anderen einzuarbeiten, weil dieser öfter krank sei und nicht genügend leisten könne. Aber für Herrn Kunz bestand wohl der Fehler darin, daß der Kollege 30 Pf. Stundenlohn erhielt. Der betreffende Formner jagte nun ganz offen zu Herrn Kunz, daß er sich hier kaput gemacht habe und sein Kollege sei ebenfalls krank. Herr Kunz hat einen kranken Mann, der Krankengeld bezug, und einen Gehrling eine Nacht, von abends 6 Uhr bis morgens 5 Uhr, beschäftigt. Der arbeitsfähige fronde Mann hat seine Arbeitszeit mit 3,50 Mk. bezahlen müssen. Überstunden hat an der Tagesordnung, auch den Sonntag verlohnt man nicht; Lehrlinge werden ebenfalls dazu herangezogen. Wenn man die Fabrik von weitem sieht, hat sie infolge ihrer Niedrigkeit das Aussehen einer Fischräuchererei, wie man sie an der Nord- und Ostseite sehen kann; nur die Esse verriet es, daß es eine Eisengießerei ist. Im Naume selbst sieht er noch schlechter aus, es gibt keine Pflanzung, obgleich sich der Herr Kreisphysikus bei einer Revision nachsichtigend darüber aussprach. Besoffen wurde ja nichts und so ist es denn dabei geblieben. Als der Kreisphysikus nach dem Naume fragte, in dem die Leute während der Pausen ihre Speisen zu sich nehmen, da meinte der Herr Sohn ein noch sehr junger Mann: „Die Leute essen alle wo es ihnen beliebt.“ Aufbewahrungsräume für Kleider sind ebenfalls nicht vorhanden, und so ist es denn öfter passiert, daß diese Leute gefangen haben und teilweise verdrummt sind. Was für Vorrichtungen fehlen, die Ventilation ist schlecht, die Beleuchtung ist einzig in ihrer Art: gewöhnliche Stubenlampen, Kreisel genannt, die mit abgemessenen Schwanzöl gefüllt sind. Statt des Lichtes nimmt man abgemessene Putzwolle oder was man sonst ähnliches findet. Tagelang ist in dem Garten des Herrn Kunz sehr hübsche elektrische Beleuchtung zwischen den Blättern angebracht, was sich im Sommer recht magisch ausnimmt. Ein Kollege hat seine Formnerarbeiten in einem Bretterverschlag verrichten müssen, dessen Wände im Winter oft mit Eisapfen bedeckt sind. Es gibt schlechtes Material, ungenügende Vorrichtungen, schlechtes Handwerkszeug. Ein Formner hat sich sogar einen Schaufelstiel selbst gekauft und ihn bei seinem Abgang dem Inventar der Fabrik einverleibt. Der Sohn des Herrn Kunz versteht es verzeihenlich, die Arbeiter anzutreiben und sie öfters mit dem schändlichen Kosenamen „Mitschick“ und dergleichen zu belegen. Den höchsten Ausdruck fand Herr Kunz selbst, als er bei einer Gelegenheit einem Formner zurief: „Sie müssen erst dort hinhinsehen, wo ich hingeh.“ — Wir wünschen nun, daß die durchreisenden Kollegen diesen Musterbetrieb ordentlich in Augenschein nehmen und sich das Bild gut einprägen. In die Arbeiter von Zeitz und Umgegend appellieren wir: Wolt ihr, daß es auch in Zukunft besser gehe, so tretet ein in die Reihen der Kämpfer, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Metallarbeiter.

Nachen. Im Gewervereinsboten Nr. 49 versucht man von Mülheim a. Rh. aus, ein Hirsch-Dunderfches Mitglied von der schollen Wandlungsweise rein zu waschen, daß es unzeren Mitgliedern in Nachen in den Rücken jelt. Trotz der Warnung nahm dieser Held in der Drahtzieherei von E. Hensch & Co., wo unsere Mitglieder und die Hirsch-Dunderfchen in Differenzen standen, Arbeit an. Der Vorgang in kurz folgender. Am Sonntag den 16. Oktober kamen zwei Verbandsmitglieder und ein Hirsch-Dunderfches Mitglied (dessen Namen ich verschweige, um Maßregelung vorzubeugen) in meine Wohnung mit der Bitte, ich möchte doch nach Mülheim a. Rh. verziehen, es sollte keiner der Drahtzieher sich nach hier verlocken lassen, da sie mit dem Meister in Differenzen ständen. Dieser hätte bereits den Beginn der Arbeit am Montag auf wergens 7 statt 8 Uhr verlegt, mit der Bemerkung, er könne sich nicht nach östlichen Verhältnissen richten, er würde die ganze Arbeitsmethode so einrichten, wie er sie gewohnt ist. Auch war angelegt, daß Affordarbeit eingeführt werde. Die Arbeiter behaupteten, daß der Meister persönlich nach Mülheim gefahren sei und Drahtzieher angeworben habe, weshalb einem unserer Verbandsmitglieder bereits gefährdet worden sei. Wir sollten sorgen, daß die Mülheimer nicht kämen, sie würden dann mit dem Meister schon fertig werden. Das Hirsch-Dunderfche Mitglied erklärte mir, zu bestreiten, daß wenn der Meister Erfolg bekomme, er dann auch quittieren müsse. Das ist nebenbei bemerkt nicht geschehen. Warum? In Gegenwart der drei Drahtzieher sprach ich an unsern Geschäftsführer F. Marx in Mülheim einen Bericht, der auch von dem Hirsch-Dunderfchen Mitglied als korrekt befunden wurde. Als ich nun von Marx in Mülheim die Mitteilung erhielt, daß der Meister Müller bereits zwei Drahtzieher angeworben habe, unser Verbandsmitglied die Arbeit aber nicht annehme, das Hirsch-Dunderfche Mitglied Meier sich aber nicht bewegen ließe, von Nachen wegzubilden, erklärte mir das Hirsch-Dunderfche Mitglied: „Das werde ich aber unserm Verbandsmann in Düsseldorf mitteilen, der muß dann aber in der

Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.“ Angesichts dieser Laifachen kann ein ehrlich denkender Mensch es kaum fassen, daß für solche schofle Tat noch eine Anerkennung durch eine Resolution ausgesprochen wird. Aber trotz alledem bleibt der Meier ein Arbeitsverderber für ehrlich denkende Arbeiter, denn seine Heldenat hatte zur Folge, daß drei unserer Mitglieder nach und nach entlassen wurden. Als jeder einzelne den Direktor fragte, weshalb die Kündigung erfolge, hat er die Ursache nicht erklären wollen. Hiermit ist auch die läppische Erklärung des Artikels im Gewervereinsboten, sie seien wegen Trunkenheit entlassen worden, hinfällig, sondern es sind ganz andere Motive maßgebend gewesen. Inzwischen habe ich auch erfahren, daß der Meister der Schwager des Mülheimer Hirsch-Dunderfchen Vorstehenden ist, was ja tief blicken läßt. Unter solchen Verhältnissen ist es ja auch erklärlich, wie solche unwahre Artikel zustande kommen. Das vorstehende wird dazu dienen, den Mülheimer Drahtziehern zu beweisen, daß sie von den Hirsch-Dunderfchen Wortführern schmählich belogen worden sind. (Siehe auch Mülheim a. Rh.)

Chemnitz. Am 5. Dezember fand eine Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Krause über die Lohnreduktion in der Maschinenfabrik von Hermann Michaelis und den Formen- und Kernmacherausstand bei Krauche im referierte. In der Michaelischen Fabrik erfolgte am 26. November ein Anschlag, in dem ein Abzug von 20 Prozent angefündigt wurde. Der Lohn war aber ohnehin schon ein auskömmlicher zu nennen, denn der durchschnittliche Lohn für Formen war 24,80 Mk., für Kernmacher 22 Mk., Fuher 21,60 Mk., Sandarbeiter 14,08 Mk., Denarbeiter 18 Mk., Dreher 23,18 Mk., Schlosser 18,76 Mk., Gohler 24 Mk., Fräser 15 Mk., Schrauben- schneider 16 Mk., Drehstähler 17 Mk., Schmiede 17,48 Mk., Maschinist 20 Mk. Die Arbeiter waren nun nicht willens, für einen noch niedrigeren Lohn zu arbeiten und so forderten 43 Mann, davon 19 organisiert, ihre Entlassung. Obwohl kein Streik proklamiert war, wurde diesen Arbeitern anfangs der Nachweisschein verweigert. Bei den Verhandlungen erklärte Herr Michaelis, den Abzug deshalb machen zu müssen, weil seine Produktionskosten von 30 auf 57 Prozent gestiegen seien. Bei den zahlreichen Beantworten ist das ja erklärlich. Auch die Rohmaterialien müßte er mit 5 Prozent verzinsen. Bei einer weiteren Verhandlung glaubte er mit 10 Prozent Abzug auskommen zu können, was die Arbeiter nicht anerkennen konnten. Nachdem der Arbeiterausschuß, der Bevollmächtigte und der Gauleiter selbst nebst dem Fabrikanten Köhler mehrmals unterhandelt, kam folgender Vergleich zustande: Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen für alle Lohnarbeiter zu den alten Bedingungen, die Affordarbeiter lassen sich 10 Prozent abziehen, um es in geeigneter Zeit wieder zurückzufordern. Die Arbeitswilligen müssen bis auf den Maschinen- und einen Dreher entlassen werden. Charakteristisch ist, daß Herr Adler von Metallindustrie nachweislich sich auch hier wieder rechtlich Mühe gegeben hat, Arbeitswillige nach dort zu bringen. — In dem anderen Falle, wo 90 Formen und Kernmacher des Stahlwerkes Krauche am 29. November in den Ausland getreten waren, handelte es sich um Maßregelung eines Kernmachers. Der betreffende, der in Afford arbeitete, verlangte von seinem Vorgesetzten Lieblich für eine Arbeit, die früher von einem Hilfsarbeiter gemacht wurde, Stundenlohn. Lieblich glaubte dazu nicht berechtigt zu sein und unterbreitete es Meister Fährig. Dieser erklärte dem Kernmacher, daß es ihm lieber sei, wenn er sich um andere Arbeit umsehe, da er bloß „Stänkerer“ treibe. Der Arbeiterausschuß hielt es für seine Pflicht, in dieser Sache einzutreten und verhandelte mit Meister Fährig, was aber zu keiner Einigung führte; Fährig bezogste den Arbeiterausschuß ebenfalls als Rädelstörer. Die Kernmacher erklärten sich mit ihrem Kollegen solidarisch, worauf die Formen folgten. In der Verhandlung, die noch am selben Tage stattfand, wurde die Sache beigelegt, sämtliche Ausländige nahmen die Arbeit am anderen Morgen wieder auf. In diesem Betrieb wären aber auch sonst noch einige Änderungen sehr nötig. So bekommen die Kernmacher bei einem Artikel den Kern nicht bezahlt, wenn der Gieß Ausschub ist, gleichviel ob sie die Schuld trifft oder nicht. Ferner sollen sie sich förmlich entschuldigen, wenn sie um 6 Uhr zu Hause wollen. Die Formen müssen sich das Material, das sich außerhalb der Gießerei befindet und das früher von Hilfskräften herbeigebracht wurde, selbst holen. Es ist also Mangel an Hilfskräften. Das Licht und die Ventilation sind ungenügend. Die Arbeitszeit ist zwar eine ganz unregelmäßige, aber trotzdem wird das Zusammentreffen mit 25 Pf. bestraft. Die Wege in der Gießerei sind nicht genügend frei. Eine Schutzvorrichtung an der Stirn wird bloß angebracht, wenn insiziert wird. Die achtstündige Lohnzahlung wurde in vierzehntägige umgewandelt. Die Arbeiter haben immer gegen diese Zustände Beschwerde beim Chef geführt, auch die Organisation tat dies, aber es wurde wenig Erfolg erzielt. Der Redner vermies darauf, daß noch ein großes Stück Arbeit geleistet werden muß. Das Verhalten des Beanteten des Arbeitsnachweises unterzog Redner gleichfalls einer scharfen Kritik. Zu einem Mann, der wegen Unfall längere Zeit einen kranken Finger hatte, jagte Herr Adler, er hätte sich lieber das Bein abstanzen lassen sollen, das wäre gefeierter für ihn gewesen. Charakteristisch für die Metallindustrie, einen solchen Mann dort zu halten! — In der Diskussion wurde der Erfolg der Verhandlungen beglückt und die Organisation als eine unbedingte Notwendigkeit erkannt.

Chemnitz. In der Reifzugfabrik von Bruno Appelt bestehen eine Anzahl Mißstände, die einmal der Öffentlichkeit zu unterbreiten sind. Die Fabrik ist neu erbaut, doch scheint nicht genügend Rücksicht auf die guten Sitten und auf die Gesundheit der Arbeiter genommen worden zu sein. Als ich Schmeide wird ein Kellerraum benutzt, der kein Fenster hat. Es ist dort kein Herd, sondern nur eine Freischmelde untergebracht. Ein Rauchfang ist nicht vorhanden, so daß der Rauch von der Freischmelde zur Eingangstür hinaus muß. In der Schmelzerei ist ein Ventilator angebracht, der nicht genügend ist, wahrscheinlich weil er zu wenig Touren macht. Jezt hat Herr Appelt, um Kraft zu sparen, den Ventilator vollständig außer Betrieb gesetzt, indem er die Kuppelung herausnahm. Der Rauchraum und die Garderobe haben kein Licht und müssen die Leute früh im Finstern herunterkriechen, nur abends scheint etwas Licht durch ein hoch gelegenes Fenster vom Paddock. Auch die Aborte sind ohne Licht. Es wäre die höchste Zeit, daß sich die Gewerbeamplktion in diesen Betrieb kinnerte. Die Schutzvorrichtung an der großen Presse jelt unpraktisch sein, so daß die Gefahr besteht, daß Leute von den Kugeln getroffen werden. Die Polierseife, an der zwei Mann arbeiten, hat keine Schutzvorrichtung. Macht ein Arbeiter die Herren Söhne auf solche Mißstände aufmerksam, so wird darüber gelacht oder es heißt: „Zur nächsten Generalversammlung werde ich es dem Alten jagen.“ Es sind eben größtenteils nur jüngere Leute bei Appelt in Arbeit, deshalb erlaubt er sich alles. Wenn jemand fünf Minuten zu spät kommt, muß er 10 Pf. Strafe zahlen und wird ihm extra noch der Lohn für eine Viertelstunde in Abzug gebracht. Überhaupt wird den Arbeitern der Lohn nicht voll ausbezahlt, wenn nach Ansicht des Herrn Appelt die Arbeit nicht richtig ausgefallen ist. Ob aber der bezahlte Preis ausreicht, um eine gute Arbeit dafür herstellen zu können, das ist eine andere Frage. Die Lehrlinge müssen 300 Mk. Lehrgeld zahlen und drei Jahre unsonst arbeiten, die Eltern haben auch für Kost und Kleidung Sorge zu tragen. Wenn diese Leute ausgelernet haben, zahlt ihnen Herr Appelt den horrenden Lohn von 20 Pf. pro Stunde im ersten halben Jahre. Im zweiten halben Jahre bekommen sie 25 Pf. Dafür sind sie aber auch Mechaniker, denn in der Appeltischen Reifzugfabrik werden sie nicht zu Reifzugmachern, sondern zu „Mechanikern“ ausgebildet.

Deffau. Der Streik in der Deffauer Waggonfabrik dauert noch unverändert fort. Wie es den Anschein hat, will die Fabrikleitung ihren Betrieb mit ungelerten Arbeitern fortführen, was ihr allerdings schwer fallen wird. Es werden schon soviel ungelernete Arbeiter in der Fabrik beschäftigt, wie es seit ihrem Bestehen noch nie der Fall gewesen ist. Jedoch tut die Direktion dies nur, um sagen zu können, sie beschäftige schon viele Arbeiter. Es haben sich allerdings auch schon einige gelernte Arbeitswillige gefunden, doch mit den Herren scheint es auch nicht weit her zu sein. Während die Fabrik vor dem Ausstand monatlich 12 bis 15 Güterwagen und 6 bis 8 Personenwagen fertig gestellt hat, ist es ihr in den neun Wochen, solange

der Streik schon dauert, noch nicht gelungen auch nur einen Wagen von Grund aus fertig zu stellen! Trotzdem prahlte sie bei jeder Gelegenheit: „Der Betrieb ist voll im Gang.“ Wie wir hören, hat der Herr Stadtrat Weber in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des hiesigen Gewerbevereins den Direktor Bäumlert zu Einigungs- verhandlungen bewegen wollen, jedoch keinen Erfolg erzielt. Am 13. Dezember wurden die ersten Opfer des Kampfes gefordert. Der hiesige Bevollmächtigte unserer Zahlstelle, Karl Christian, und ein Stellmacher Otto wurden des unheimlichen Verbrechens der „Streik- brecherbeihilfung“ für schuldig erkannt und zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt. Der Strafantrag war von der Direktion der Waggonfabrik gestellt! — Es ist unbedingt notwendig, daß der Zug auch weiterhin streng ferngehalten wird.

Godesberg. Am 27. November fand hier im Lokal des Herrn Wind eine von der Verwaltung Bonn des Deutschen Metallarbeiter- Verbandes einberufene öffentliche Versammlung statt. Hier hat sich wieder gezeigt, daß die Christlichen erst dann auch ein Interesse an den Arbeitern nehmen, wenn die freien Gewerkschaften auf dem Platze erscheinen. Sie hatten auch hier schon lange vor Beginn der Versammlung den Saal fast gefüllt, und der katholische Volksverein, der den Arbeitersekretär Becker aus Hagen mitgebracht hatte, war in ziemlich großer Anzahl erschienen. Kollege Knoch aus Köln ließ schon zu Beginn seiner Ausführungen als Referent keinen Zweifel darüber, daß die heutige Versammlung dazu dienen sollte, auch hier in Godesberg vor bereits eine Anzahl Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes sind, festen Boden zu fassen. Zu der Diskussion meldete sich zunächst Herr Becker, und er hat die zugelegte volle Redezeit gut ausgenutzt. Zu seinen über eine Stunde dauernden Ausführungen hatte er sich einen Stolz Zeitungen und Ausschritte mitgebracht. Auf das eigentliche Thema, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, ging er nicht ein, sondern er hielt eine Brandrede gegen die Sozialdemokratie und eine Vorlesung von Zeitungsartikeln. Alle alten Mädchen mußten herhalten. Herr Bauer aus Köln empfahl den Beitritt zum Kirch- und Gewerbeverein. Der Vorsitzende erklärte Herrn Becker, da er sehe, daß Herr Becker sich mehr für die Sozialdemokratie interessiere, als für die Gewerkschaften, so wolle er mit dafür sorgen, daß in nächster Zeit in Godesberg eine Parteiversammlung stattfinde, wozu er ihn jetzt schon einlade. Kollege Knoch fertigte dann den Zentrumsagitator in gebührender Weise ab. Die Verhältnisse und Mißstände in der hiesigen Schillerischen Fabrik gaben auch Anlaß zu längeren Auseinandersetzungen, und obwohl sich ein Meister von dort die größte Mühe gab, die Mißstände abzuleugnen, so mußte er doch zugeben, daß die Arbeiter gezwungen waren, ihre notwendigen Bedürfnisse hinter der Fabrik im nahen Gebüsch zu verwickeln, und daß man jetzt erst, nachdem vom Verband der Gewerbe- inspektor hingefandt wurde, dazu übergeht, in der Schleiferei für Ventilation zu sorgen. Als Herr Becker wieder das Wort erhielt, hatte er nur einige Verdrehungen als Antwort; fogar das Düffel- dorfer Gewerkschaftshaus und die Vater Maurer mußten herhalten. — Die Godesberger Arbeiter haben aber gesehen, um was es den Christlichen Herren zu tun ist: nicht um die Interessen der Arbeiter, sondern es sollten die freien Gewerkschaften mit ihrem Führern aus Godesberg hinausgeworfen werden, wie sich Herr Becker ausdrückte. Daß das nicht geschehen wird, dafür sind die besten Anzeichen vorhanden. Den noch fernstehenden rufen wir zu: Paßt euch nicht länger von diesen Leuten an der Nase herumführen, tretet ein in die Organisation, die für die Metallarbeiter einzig und allein der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist.

Zschop. In der letzten zahlreich besuchten Versammlung der hiesigen Verwaltungsstelle gab zunächst der Bevollmächtigte den Jahresbericht. Es hätten 12 Versammlungen stattgefunden, in einer sprach Kollege Kalmbach über den weiteren Ausbau des Unter- stützungsvereins in Verband. Ferner ist das Verteilungssystems- managementsystem eingeführt worden. Durch die Agitation ist es gelungen: 51 Aufnahmen zu vollziehen. Im Verhältnis zu diesen Aufnahmen ist die Verwaltungsstelle aber nicht gewachsen, was wohl auf die Geschäftsverhältnisse zurückzuführen ist. Viele Arbeiter waren dadurch genötigt, Zschop wieder zu verlassen. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Oktober 1903 87, am 1. Oktober 1904 97. Die Jahresrechnung ergab eine Gesamteinnahme von 1724,46 Mk. und eine Gesamtausgabe von 1675,35 Mk., so daß ein Reinertrag von 49,11 Mk. verblieb. Reiseunterstützung wurde an 238 ungeweihte bezugsberechtigte Mitglieder ausbezahlt, dem Beruf nach an 77 Schlosser, 27 Schreiner, 18 Dreher, 60 Formner, 39 Klempner und 17 Angehörige verschiedener Branchen. Es wurde ein Antrag angenommen, der fordert, daß die Gewerkschaft im laufenden Jahre eine Agitation für Einführung von Tarifen einzuleiten habe. Dieser Antrag soll der Bezirkskonferenz unterbreitet werden.

Leipzig. Am 9. Dezember fand im Volkshaus eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Über die wirtschaftlichen Kämpfe im Mittelalter referierte Genosse Pinkan, dessen interessante Ausführungen reichen Beifall ernteten. Dann sprach Kollege Meide etwa folgendes aus: Die Bezirkskonferenz für den 4. Bezirk findet am 6. Januar in Dresden statt. Die Tagesordnung ist in der letzten Nummer der Metallarbeiter-Zeitung bekannt gegeben. Nachdem Herr Meide auf die Anstellung des ersten Bezirksleiters Haack und der später notwendig gewordenen Anstellung eines zweiten Bezirksleiters, dessen Wahl auf den Kollegen Hecht fiel, eingegangen war, schilderte er den Vorgang der Übergabe der Bezirksleitung nach Dresden, wozu Leipzig und einige andere Verwaltungsstellen protestierten, sich aber die Mehrzahl der Mitglieder des 4. Bezirks für Dresden entschied. Dann sprach Kollege Meide die Tagesordnung zur Bezirkskonferenz, wo jedenfalls eine Debatte über den Vorstands- antrag: Einführung der Erwerbslosenunterstützung, stattfinden werde. Am Ende seiner Ausführungen stellte Herr Meide den Antrag, die Wahl der Delegierten durch Stimmzettel vorzunehmen. In der darauf- folgenden sehr lebhaften Diskussion sprach zunächst Kollege Köp gegen das Unterstützungsweien. Cholewa ist ebenfalls gegen die Erwerbslosenunterstützung, weil es nur etwas Halbes sei. Wenn man etwas Besseres einführen wolle, dann solle man gleich zum Ganzen greifen. Kollege Probst meint, die Bezirkskonferenz ist un- bedeutend, sie löse dem Verband ziemlich viel Geld und mit dem solle man sparen. Schon auf der letzten Bezirkskonferenz in Chemnitz seien die Leipziger Kollegen der Meinung gewesen, daß diese Kon- ferenzen vollständig überflüssig wären. Während die Beschlüsse nicht gefaßt werden und die Entscheidung der einzelnen Punkte sei ziemlich unklar. Die Hauptfrage wäre eben, das Ziel für den Vorstandsbeitrag gemacht würde. Weiter erklärte er, daß es viel wichtiger sei, einmal Bericht über die Tätigkeit der Bezirksleiter zu erstatten und zu erklären, wo die Grenzen der Tätigkeit des Bezirks- leiters sind. Er erklärte ferner, daß der Bezirksleiter bei Anstellung des zweiten Leiters, als auch bei der Übergabe sich über die Rechte der Kommission, darüber mit zu beraten, hinweggesetzt hat. Über diese Sachen in Dresden einmal ein erstes Wortchen zu reden, sei absolut notwendig. Des weiteren polemisiert er gegen die Er- werbslosenunterstützung. Kollege Frause erklärt, Probst hätte den Schleier über die Tätigkeit des Bezirksleiters gelüftet, damit er aber noch weiter gelüftet werde, stelle er den Antrag, die Delegierten zu verpflichten, auf der Konferenz den Geschäftsordnungsantrag, Bericht über die Tätigkeit der Bezirksleiter, als ersten Tagesordnungspunkt festzusetzen, zu stellen. Der Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. Kollege Willms ist der Ansicht Probsts; Cholewa er- klärt, die Bezirkskonferenz könne, wenn sie überflüssig sei, von der Generalversammlung befreit werden. Kollege Hunger erklärt die Ausführungen von Probst in bezug auf die Konferenz als Stim- mungsangeregt. Er sagt weiter, daß Haack seine Machtbefugnisse allerdings zu weit ausgedehnt habe und erklärt es als eine Zeit- lichkeit, daß Haack die Tagesordnung der Konferenz festgesetzt habe, ohne Bericht über seine Tätigkeit. Weiter sagt er, daß der Leipziger Probst gegen den Antrag der Bezirksleiter das Gegenteil bewirkt hätte, da das Anknüpfen an beleidigender Form gehalten sei. Ein eingeleiteter Antrag auf Schluß der Debatte wurde abgelehnt. Kollege Sicks meint, die Ausführungen Probsts hätten anläßlich ge- wußt. Probst erklärt nochmals, daß Bezirkskonferenzen überflüssig seien und wandert sich darüber, daß der Vorstand seine Genehmigung dazu erteilt, denn im Statut stünde ausdrücklich, daß Bezirks-

konferenzen abgehalten werden können. Ferner plädiert er für den Antrag Frause und stellt den Zusatzantrag, ein Rundschreiben an sämtliche Bevollmächtigte des 4. Bezirkes zu senden, und sie auf- zufordern, auf der Bezirkskonferenz den Geschäftsordnungsantrag der Leipziger Delegierten zu unterstützen. (Später erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Veröffentlichung des Berichtes in der Metallarbeiter-Zeitung genüge und das Rund- schreiben dadurch überflüssig sei.) Kollege Fr. Heintze polemisiert ebenfalls gegen die zu großen Machtbefugnisse des Bezirksleiters und bittet die Versammlung, Männer mit Rückgrat als Delegierte zu wählen. Im Schlußwort sagt Meide, ein Teil der Kritik sei be- rechtigt, aber man solle das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Die Konferenz biete Aussicht auf den Delegierten kleiner Ver- waltungsstellen, deren Ansichten beim Ausbau der Unterstützungs- einrichtungen auch gehört werden müßten. Er erklärt ferner, daß diese Einrichtungen nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck seien. Aus den Vorschlägen zu Delegierten gingen die Kollegen Sicks, Frause und Sicks als gewählt hervor. Vor der Wahl ent- spann sich eine sehr erregte Debatte, ob der Kollege Probst, gegen den zurzeit ein Ausschlußverfahren stattfindet, gewählt werden könne. Das für und Wider endete erst, als Probst erklärte, er sehe von einer Kandidatur ab, nachdem er die Versammlung schon vorher gebeten hatte, ihn nicht zu wählen. Zum Schluß stellte Kollege Probst noch den Antrag, der gegen einige Stimmen angenommen wurde, die Schiedsgerichtskommission solle über das Ausschlußver- fahren gegen ihn in öffentlicher Versammlung Bericht erstatten, da er wie auch die Leipziger Metallarbeiter ein Interesse an der Ver- öffentlichung dieser Angelegenheit haben. Unter Gewerkschaftlichem brachte Kollege Meide zur Kenntnisnahme, daß Kollege Scheffler, Berlin, als dritter Beamter für Leipzig engagiert sei und am 1. Februar 1905 sein Amt anträte.

Luzernburg. Daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband von den hiesigen Unternehmern ins Pfaffenland gewünscht wird, zeigt folgendes. Die Agitationskommission der hiesigen Verwaltungsstelle hatte kürzlich eine Werkstattdarstellung in Straßen bei Luzernburg für die Werkstatt des Herrn Barbis einberufen, um die Kollegen für den Verband zu interessieren. Feierabend ist bei Barbis um halb 7 Uhr. Auf diese Zeit war auch die Versammlung einberufen. Um die Arbeiter am Besuch der Versammlung zu hindern, ließ Barbis an diesem Abend bis 9 Uhr arbeiten. Unsere Kollegen warteten bis 6 Uhr. Es fanden sich zur Versammlung von 21 Kollegen noch 6 ein, die anderen glaubten, der Referent sei nicht mehr amvenden. Auch Herr Barbis fand sich mit einigen Bauern ein, die er zu seiner Hilfe eingeladen hatte. Obwohl nun wegen des schwachen Besuchs keine Versammlung stattfand, sondern der Referent sich mit den Kollegen nur in ein Privatgespräch einließ, heulte Herr Barbis mit seinen Helfershelfern zum Erbarmen. Ein Zusammenstoß zwischen ihm und unserm Referenten fand statt, wobei Herr Barbis den jüngeren jogg. Wie Barbis geistig veranlagt ist, zeigt, daß er weiter nichts zu sagen wußte als: „Gebt den Arbeitern Geld, anstatt so viele Worte.“ Natürlich bekam er tüchtig heimgelächelt. Barbis beschließt 21 Arbeiter, 8 Schlosser, 4 Schmiede, 5 Hilfsarbeiter und 4 Lehrlinge. Die Arbeitszeit ist 10 1/2 Stunden. Die meisten Arbeiter haben über eine Stunde zu laufen, um zur Werkstatt zu kommen. Von den 8 Schlossern verdienen 6 Mann die Stunde 25 Pf., 2 35 Pf., von den Schmieden 3:30 Pf., einer 35 Pf., 2 Hilfsarbeiter 26 Pf., 2:25 Pf. Die Lehrlinge erhalten keinen Lohn, höchstens Sonntags 1 Mk. Die Heizung ist dergestalt, daß die Arbeiter tüchtig arbeiten müssen, wenn sie nicht zu Arg frieren wollen. Von Maschi- einrichtung keine Spur. Die Vorkantlage befindet sich in einem jammervollen Zustand. Die Schutzvorrichtungen an den Riemern der Maschinen lassen sehr zu wünschen übrig. Aus alledem erklärt es sich, daß Herr Barbis sich mit allen Kräften dagegen sträubt, seine Arbeiter unsere Versammlungen besuchen zu lassen. Erst nach- dem unsere Kollegen das Lokal verlassen hatten, fand Herr Barbis seine Beschäftigung wieder, er domerte gegen den Sozialismus, von dem er nichts versteht. Er versprach den Arbeitern für die Kirch- weih Bier, Schinken und Wurst. Betrachtet man die bezahlten Löhne, so ersieht ein jeder, daß seine Arbeiter schon längst die ver- sprechener Herrlichkeiten bezahlt haben und noch bezahlen. Wenn Herr Barbis glaubt, damit die Arbeiter auf die Dauer vom Verband fernhalten zu können, so wird er sich gewaltig täuschen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband wird auch seine Arbeiter auf- räumen und sie zum Denken bringen. Wenn er glaubt, den Metall- arbeiter-Verband aus seiner Werkstatt fernzuhalten, so können wir ihn jagen, wir stehen schon mit beiden Füßen darin. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband läßt sich eben nicht fernhalten mit Bier und Schinken, das sollte selbst Herr Barbis einsehen.

Mülheim a. Rhein. In Nr. 49 des Gewerbevereinsboten wird über den „Fanatismus“ eines hiesigen Kollegen berichtet. Wie zu lesen, wurde das Gebahren des hiesigen in der hiesigen Ver- sammlung der Drahtzieher (Kirch- und Gewerbeverein) einer eingehenden Kritik unterworfen. Vorerst wollen wir obige Versammlung einmal beleuchten. Anwesend waren sieben bis acht Drahtzieher und mindestens dreimal so viel Metallarbeiter aus anderen Bezirken. In dieser, von einer weitaus größeren Zahl anderer Metallarbeiter als Drahtzieher besuchten Versammlung ging der berühmte Zug- Mühlhansen G., zugleich Kassierer der Kirch- und Gewerbeverein, dazu über, sein Handeln und seinen Verrat zu rechtfertigen. Er verlas von den hiesigen Streikbrechern ein Schreiben, woraus hervorging, daß die Kollegen von Nachen wegen Drunkenheit ent- lassen wurden. Darauf stellten verschiedene Drahtzieher (Kirch- und Gewerbeverein) den Antrag, eine Bundesbesprechung des betreffenden Zuges anzubringen, damit man auch die Ausführungen der Kollegen vom Metallarbeiter-Verband höre und sich demnach ein Urteil bilden könne. Selbstverständlich wurde der Antrag nicht nur von dem Agenten, sondern auch vom Vorsitzenden nach allen Regeln der Kunst bekämpft, was ja auch seinen guten Grund hatte, denn sonst hätte die ganze Zahlstelle ruiniert werden können. Am Schluß wurde dann gegen wenige Stimmen eine Resolution angenommen, wodurch sie sich den Stempel des Arbeiterverrats auf die Stirne drückte. Wohl noch nie haben sie ihr Todesurteil auf eine dümmere Art und Weise unterzeichnet wie hier. In der Resolution wurde nicht nur das Schreiben G's gerechtfertigt, sondern auch die Sperre die von ihren Mitgliedern in Nachen selbst mit verhängt worden war, verworfen, obgleich weiter kein Beweismaterial vorlag als die Rede der Streikbrecher, die ja, wie bei den hiesigen üblich, so gut wie es eben zu machen ist, sich aus der Falsche herausziehen müssen. — Wie liegt nun die Sache in Wirklichkeit? Am 17. Oktober wurde ich von Nachen aus von der Sache bei der Firma Hugo Henrich in Kenntnis gesetzt und zugleich dringend ersucht, den Zug von Drahtziehern fernzuhalten. Es wurde meinerseits sofort die Parole an sämtliche Vertrauensmänner ausgegeben, nachzuforschen, ob wirklich Drahtzieher in Kündigung kämen. Durch diese Unter- suchung wurde festgestellt, daß der Meister Müller tatsächlich hier gewesen war und verschiedene Drahtzieher, einen jeden wieder in einem anderen Lokal, interviewt hatte. Vier von ihnen hatten ihm angegeben, davon war einer Mitglied unseres Verbandes und drei Schreiner von Nachen mit der Mitwirkung, er solle dieses den Kollegen mitteilen, besonders unsern Mitglied. S. hatte nun bei unsrerem und zwei der Kirch- und Gewerbeverein Mitglieder nicht viel Arbeit, sie von dem Vorhaben abzuhalten, was wir hier voll an- erkennen. Dagegen stieß er bei dem H. Meister auf Widerstand. Hiernach ging H. mit dem Briefe zu G., ließ ihm den Brief lesen und sagte ihm, wie die Sache steht: „Du mußt vor allen Dingen sorgen, daß Meister nicht nach Nachen geht.“ Wir, was, der will nach Nachen? Dama hat er mich belogen, er sagte ja mir, er wolle nach Hagen zu seinem Schwager u. i. w. Nach Nachen darf er unter keinen Umständen gehen.“ Nun wäre ja die Sache für uns erledigt gewesen, wenn der Zug-Mühlhansen wenigstens verständig hätte, ihn abzuhalten, nach Nachen zu gehen. Aber nein, er bewog ihn noch, nach dort zu gehen, indem er, wie seine eigenen Mitglieder sagen, sich äußerte: „Du kannst ruhig nach dort gehen, die Sperre gilt für uns nicht“ u. i. w. Des weiteren verhalf er ihm noch zu Umzugs- unterstützung. Als nun unsere Kollegen dies hörten, ging ein Ent-

stimmungsturm durch den ganzen Zug und W. bezeichnete Meister als Streikbrecher und Mühlhansen als Streikbrecheragent. Darauf wurde obige Versammlung arrangiert, die dann gegen wenige Stimmen das verwerfliche und schändliche, was ein Kollege tun kann, rechtskräftig. Zur Kennzeichnung des Mühlhansen diene noch folgendes: Nicht genug, daß er sich so schändlich bei der ganzen Arbeiterfamilie blamiert hat, geht er auch noch dazu über und triviert für 7 bis 8 Mk., damit er wieder das Ansehen erlöst oder um die Kollegen gegen die anderen aufzuheben. Aber jeder anständige Ar- beiter dort im Zuge wird ihm mit Verachtung von sich weisen. Des weiteren geht er in anderen Abteilungen mit dem Mühlhansen hafteren, unser Kollege W. hätte sich selbst nach Nachen gewendet und wäre somit selbst Streikbrecher. Wenn dies wahr wäre, was aber nicht der Fall ist, so wäre er aber bei Mühlhansen kein Streikbrecher, sondern ein in Ehren aus der ganzen Geschichte hervorgegangener Kollege. Nach den oben gemachten Angaben gibt er nicht nur allein zu, daß Meister ein Streikbrecher und er Agent ist, sondern er hat sogar die Dreistigkeit, seine zwei Mitglieder und uneres als Streik- brecher zu bezeichnen. Nun, nach dergestaltigen Geschichten mügen die hiesigen sich nicht wundern, wenn in ganz kurzer Zeit ein großer Teil ihrer Mitglieder zu uns übertritt. Sie sind auf dem besten Wege, denn es müssen allen die Augen aufgehen. Zum Schluß rufen wir den Kollegen nochmals zu: Haltet das Geböhris, das ihr in der letzten Wiederbesprechung erfrühmig abgelegt habt, dann erringen wir durch unser Ziel und selbstbewußtes Auftreten Achtung bei allen rechtschaffenen Arbeitern des Ruhrwertes. (Siehe oben Nachen.)

Schmiedeberg i. S. Am 4. Dezember fand im Gasthof Waldes- ruh in Böhmen eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Haack aus Dresden über: „Der Zusammenfluß der Unternehmervorgängen und ihre Bedeutung für die Gewerks- schaften“ referierte. Beim zweiten Punkt: „Gewerkschaftliches“ ent- spann sich eine lebhaft Diskussions über hiesige Verhältnisse. Die größte Fabrik hier am Orte ist die schon öfters in der Metall- arbeiter-Zeitung erwähnte Filiale der Mühlenbauanstalt und Maschinen- fabrik vormals Gebrüder Seef, Aktiengesellschaft in Dresden. Die Filiale in Schmiedeberg wurde bedeutend vergrößert und der Wägen- fuhrlbau von Dresden hierher verlegt. Es sind nun schon Lohn- reduzierungen eingetreten, wahrhaftig, damit die Kosten des neuen Fabrikgebäudes recht bald herausgeschlagen werden. Schon beim Bau des Fabrikgebäudes und der Arbeiterwohnungen, die ver- schiedene Baummeister ausführten, wurde gekriegt, weil den Bau- arbeitern zu wenig Lohn bezahlt wurde. Schmiedeberg liegt ja im Erzgebirge, wer aber glaubt, es wäre hier alles bedeutend billiger, irrt sehr. Die Preise für Lebensmittel sind mindestens so wie in der Großstadt, dazu kommt, daß Kleidung, Wirtschaftsgüter aller Art noch teurer sind. Durch den Massenzug von Arbeitern sind die Mieten so rapid gestiegen, daß sie fast ebenso hoch sind wie in der Großstadt. Dazu muß die Unbequemlichkeit des Landens in den Kauf genommen werden. Wie sehen nun aber die Wohnungen für die von Dresden Überfiedelten aus? Sie sind in kurzer Zeit gebaut, noch nicht ganz fertig, feucht; trotzdem mußten die Leute hinein, wollten sie nicht doppelte Miete zahlen. Dazu kam noch die hohe Miete. Alles dieses und noch vieles andere wurde schon in Dresden den Kollegen, die nach Schmiedeberg mußten, ge- sagt. Die Fabrikleitung in Dresden mußte es, und es wurde jeder Arbeiterfamilie der Firma, die nach Schmiedeberg mußte, ein Umzugs- geld von 50 Mk. gewährt. Oft genug haben die Kollegen Haack und Hoffmann den Dresdener Kollegen alles klar gelegt, und ihnen haben sie es nur zuschreiben, daß sie das Umzugsfeld und die Auslösung erhielten. Nun sind die Dresdener Kollegen in Schmiedeberg, und was ihnen prophezeit wurde, ist zum Teil schon eingetroffen, näm- lich Lohnsenkungen und andere angenehme Dinge. In der Ver- sammlung kritisierten nun einige Redner das Verhalten der von Dresden Überfiedelten Kollegen. Trotzdem die Lokale in Schmiede- berg und Überfiedel den Kollegen zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen, besucht ein großer Teil der Dresdener nicht nur diese Lokale, sondern sie treten noch den Klimbimbvereinen bei, die sich gegen das Interesse der Arbeiter wenden. Als die Dresdener Kollegen die erste Woche hier waren, ging schon bei ihnen das Über- mundenmachen an. Wir hatten hier einen Mindestlohn für Aus- gelehrte von 30 Pf. pro Stunde durchgesetzt, in der neuen Fabrik arbeiteten Schlosser auch für 27 bis 29 Pf. pro Stunde. Es geschah fogar, daß ein Schlosser, der aus der alten Fabrik, wo er 32 Pf. Lohn hatte, in die neue kam und nur noch 30 Pf. erhielt. Solche Dinge und noch viele andere kommen tagtäglich vor, ohne daß die Dresdener ein Wort davon den Schmiedebergern sagen. Einige wenige von den Zugezogenen sind davon ausgenommen, aber die Mehrzahl arbeitet tapfer drauflos, den Riß, den sie zwischen sich und den Schmiedebergern gezogen, zu vergrößern. Es wurde den Dresdnern und auch den Schmiedebergern ans Herz gelegt, gegenseitig Vertrauen zu einander zu haben, denn die Unternehmer werden nur darauf bedacht sein, die Uneinigkeit zu schüren und die Gegensätze zwischen den Arbeitern zu vergrößern. Arbeiter vom Gürtelwert Schmiedeberg, ihr müht es alle, etwas zu erringen kostet Kampf, das Errungene behalten erfordert: unentwegt zusammenhalten. Darum einigt euch, die ihr noch fernsteht, in eurer Berufsorgani- sation im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Zum Schluß möchten wir ersuchen, daß sämtliche Kollegen, ob Schmiedeberger, ob von Dresden überfiedelt, ihre Solidarität zeigen und unsere Verkehrs- lokale, Gasthof Waldesruh in Böhmen und Gasthof Raubdorf, tatkräftig unterstützen, die Arbeiterpreise und nicht die sogenannten unparteiischen Zeitungen lesen und die Lokale, die uns ihre Lokalitäten zu Versammlungen nicht geben, meiden.

Schmiedsart. Zu dem Artikel über die „Lohn- und Arbeits- verhältnisse in der Schmiedsart Metallindustrie“ in Nr. 48 erhielten wir von Herrn Gg. Schäfer, Fabrik für Eisenkonstruktionen und Maschinenbau, eine Zuschrift, in der unsere Mitteilungen über seinen Betrieb berichtigt werden. Er schreibt, das wir über die Lohn- verhältnisse in seinem Betrieb falsch unterrichtet seien. Er wisse nicht, aus welcher Zeit unsere Angaben geschöpft seien. Da aber die Zahl der Arbeiter und die Löhne seit ungefähr einem Viertel- jahr fast gleich geblieben sind, habe er zu seiner Aufstellung die letzte Lohnwoche zugrunde gelegt (siehe unten). Die wöchentliche Arbeits- zeit betrage durchaus 59 Stunden. Die Überstunden, im Durchschnitt vier, würden nämlich erhöht bezahlt (ist auch in dem Artikel konstatiert). Der Lohn betrage für Schlosser nicht 18 bis 30, sondern 22 bis 52 Pf. die Stunde, also durchschnittlich nicht 24, sondern 32 Pf., für Dreher nicht 34, sondern 39 Pf., für Schmiede 49 Pf., für Hilfsarbeiter 23 Pf. Im einzelnen erhalten pro Stunde Schlosser: 4: 22, 3: 23, 3: 24, 5: 25, 4: 26, 4: 27, 1: 28, 2: 29, 7: 30, 1: 31, 4: 32, 2: 33, 1: 37, 2: 39, 6: 40, 1: 42, 3: 49, 3: 52 Pf.; Schmiede: 1: 32, 1: 39 Pf.; Dreher: 1: 38, 1: 40 Pf.; Hilfsarbeiter: 1: 15, 1: 20, 1: 25, 1: 26, 1: 29 Pf. Im Durchschnitt erhalten: 36 Schlosser 32 Pf.; 2 Schmiede 41 Pf.; 2 Dreher 39 Pf.; 5 Hilfsarbeiter 23 Pf. Die Lehrlinge bekommen keinen Lohn, sondern je nach Alter und Führung eine Vergütung von 1 bis 4 Mk. für die Woche.

Söllingen. Der Export aus dem Konfular-Distrikt Söllingen nach den Vereinigten Staaten betrug während des Monats November: An Messerwaren 365 906,49 Mk., an Eisen und Eisenwaren 785,18 Mk., an halbfeinblechen Waren 85 747,45 Mk., an chirurgischen Instrumenten 24 130,62 Mk., an Diversen 12 739,87 Mk., in Summa 383 309,41 Mk. Im Monat November 1903 betrug der Export 522 331,34 Mk., mithin weniger für den Monat November 1904 14 021,93 Mk. — In die Summe des Wertes, die im Rückgang der Konjunktur zum Ausdruck kommt, auch nicht hoch, so läßt sich doch daraus auf den Reichthumsgang schließen. Die Tatsachen ergeben denn auch, daß gegenüber dem vorigen Jahre in verschiedenen Branchen Erweitern eingetreten sind, die über kurz oder lang die Arbeiter fühlen werden. Der Januar dürfte die Entscheidung wohl herbeiführen. Kommt es zu größerer Arbeitslosigkeit, dann dürfte der Wert der Organisation manchem Unorganisierten zum Bewußt- sein kommen.

Tönning. Von hier kommt selten etwas in die Öffentlichkeit, und wenn es geschieht, ist es nichts gutes. Tönning ist bisher immer ein Schlafort für rentende Kollegen gewesen. Aber lange hielten

